Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 31. Donnerstag, den 6. Februar 1919. 26. Jahrg.

Was tut man gegen Putsche?

Eine Preisfrage.

Der rote Weihnachtsabend war von den Führern des Spartakusbundes nicht gewollt. Der edle Dorenbach hatte den Plan dazu ausgeheckt. Im Januar brannte den Spartakusführern abermals die Mine unter den Händen los. Glaubhaft wird versichert, daß die Führer den Ausbruch nicht verhindern konnten, und sich dann erst an die Spitze der Bewegung stellten, als alles hoffnungslos verfahren war. Dann konstituierten sie freilich das abenteuerliche „Revolutionskomitee" Liebknecht-Ledebour-Scholze, das die Regierung schriftlich für abgeschafft erklärte und die Uebergabe des Kriegsministeriums forderte. Vordem, beim ersten „Vorwärts"-Sturm, hatte Scholze der Redaktion mündlich aufs höchste beteuert, die revolutionären Obleute mißbilligten diesen Putsch und hätten nur die eine Sorge, ihre Leute aus dem Hause wieder herauszubringen.

In Bremen erklärten sich die falschen „Volksbeauftragten" bereit, zurückzutreten und die Entwaffnung ihrer Anhänger vornehmen zu lassen. Diese, höchst entrüstet, setzen ihre „Volksbeauftragten" ab, wählen ein Revolutionskomitee und verweigern die Entwaffnung.

Die Zentrale des Spartakusbundes warnt vor bewaffneten Aufständen. Die „Rote Fahne" erklärt: „Wir haben in den vergangenen Wochen die Regierungsgewalt nicht gewollt: das, was putschistisch war an jener Bewegung, stammte nicht aus unseren Kreisen." Zugleich wird in Eisenach, Erfurt, Königsberg ganz munter geputscht.

Die Führer des Spartakusbundes wollen nicht Putsche, sondern sie wollen „die zweite Revolution". Indes fühlen sie sich noch nicht stark genug, und darum, nicht etwa aus Ordnungssinn und Achtung vor den Gesetzen, mißbilligen sie die Putsche, in denen die Kraft ihrer Bewegung sinnlos verpufft. Immerhin, sie mißbilligen sie, können sie aber nicht verhindern, und sehen sich immer wieder gezwungen mitzutun, wo eine Sache losgeht, damit sie nicht die Fühlung verlieren. Die Bremer sagten, wenn sie die Entwaffnung empfehlen wollten, würden ihre eigenen Leute sie an die Wand stellen. Das haben sie nicht getan, aber sie haben sie immerhin weggejagt. — Das ist die Tragik der Spartakusführer, die Disziplinlosigkeit ihrer Anhänger, daran sind Liebknecht und Rosa Luxemburg zugrunde gegangen, aber daß sie durch ihre verwirrende Agitation diese Disziplinlosigkeit förderten, daß sie, die Rebellen, immer auch von Rebellionen gegen sie selber bedroht sind, das ist ihre tragische Schuld.

Wenn nun irgendwo ein solcher Putsch losgeht, der von den Führern selbst mißbilligt wird, was soll da die Reichsregierung tun? Solange die Unabhängigen und Spartakisten auf diese Frage keine klare unzweideutige Antwort geben, werden sie sich von dem Vorwurf heuchlerischer Verlogenheit und verbrecherischer Hetze nicht reinwaschen können. Was würden denn sie tun, wenn sie für das Wohl und Wehe des ganzen deutschen Volkes verantwortlich wären und sie sähen die notwendigste Ordnung immer wieder gewaltsamen Störungen, verursacht von kleinen Minderheiten, ausgesetzt. Wie handelt denn die bolschewistische Regierung Rußlands jenen gegenüber, die das „Rätesystem" verdammen und den Weg zu einer vernünftigen Demokratie suchen? Man höre darüber den Genossen Paul Axelrod, den Führer des russischen Marxismus, in seiner berühmten Anklageschrift:

„Nachdem die Bolschewiki ihren blutigen Novemberumsturz unter der Losung „Friede, Brot und Freiheit" vollbracht haben, begannen sie unverzüglich und systematisch alle Keime des demokratischen Regimes zu vernichten und sie beraubten das Volk seiner noch so jungen Freiheit. Unter dem Banner des Sozialismus töteten sie die Industrie und zerrütteten derart die ganze Volkswirtschaft, daß anstatt des versprochenen Brotes dem Volke unentrinnbare Hungersnot droht. Schonungslos verfolgen sie alle sozialistischen Parteien, die bestrebt sind, die Volksmassen auf den Weg des sozialen Aufbaues auf demokratischer Basis zurückzuführen, indem sie zu unerhörten Repressalien, zu zügellosem Terror greifen. Sie unterdrücken alle sozialistischen Zeitungen, sprengen alle politischen Organisationen, auch die Arbeiterräte, wenn diese in Opposition zu den Bolschewiki treten. Sie veranstalten Metzeleien unter den Arbeitern, die an oppositionellen Meetings und Manifestationen teilnehmen; sie schicken beständig bewaffnete Expeditionen aufs Land zur blutigen Unterdrückung der Bauern. Sie nennen sich eine Regierung der Arbeiter und Bauern und sie überschwemmen die Städte und Dörfer mit dem Blute eben der Arbeiter und Bauern."

In derselben Schrift sagt Axelrod, daß die bolschewistische Herrschaft „tatsächlich zu einer grausamen Gegenrevolution" ausgeartet ist, daß sie einzig und allein von dem Bestreben bestimmt ist, um jeden Preis die Macht in den Händen zu behalten und daß sie zu diesem Zweck vor keinem Mittel zurückschreckt.

Somit scheint keine regierende sozialistische Richtung vor dem Sozialdemokrat, für die andere nichtregierende Richtung der „Bluthund" zu sein. Darüber hinaus aber erscheint jeder Vergleich zwischen Trotzki-Lenin und Ebert-Scheidemann überhaupt unzulässig. Denn Ebert-Scheidemann verteidigen nicht ihre Macht, sondern sie verteidigen, treu dem sozialdemokratischen Programm, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Würden sie als regierende Männer es dulden, daß dieses Recht von irgendwelcher Seite angetastet wird, so verdienten sie aus der Partei hinausgeworfen zu werden!

Wir fragen die Unabhängigen und Spartakisten und werden sie immer wieder fragen, wie sich nach ihrer Meinung eine Regierung gegenüber Putschversuchen verhalten soll. Wem wollen sie einreden, daß eine sozialdemokratische Regierung aus bloßer gemeiner Freude an Blut und Gewalt Kanonen auffahren, Truppen marschieren, Leute verhaften, Haussuchungen veranstalten läßt? So etwas vermeidet man doch, solange man kann. Denkt man erst über, wenn gar nichts anderes übrig bleibt, erst wenn man vor der Wahl steht, zu diesen letzten Mitteln zu greifen oder das ganze Reich zum Teufel gehen zu lassen!

Die platten Demagogen wiederholen immer die Redensart, von der sie sich offenbar große Wirkung versprechen, so arg sei es nicht einmal unter den Hohenzollern gewesen. Darin steckt ein Stück bitterer Wahrheit. Nämlich, solange die Herrschaft der Hohenzollern noch ungebrochen dastand, haben wir alle — gestehen wir es uns — kein Uebermaß revolutionärer Kühnheit bewiesen. Auch diejenigen, die glauben, sich alles herausnehmen zu dürfen, seit Deutschland eine demokratische, von sozialdemokratischen Arbeitern regierte Republik geworden ist, waren damals recht klein und artig. Sie haben keine Revolution gemacht gegen die Monarchie, gegen die Dreiklassenherrschaft, gegen den Militarismus. Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund herausgesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr des alten Regimes verhinderte. Aber gegen die Demokratie, gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, gegen die sozialdemokratische Arbeiterregierung, deren Mitglieder für die Novemberumwälzung glatte Bahn geschaffen haben, gegen die machen sie Revolution in dem Glauben, die dürften sich nicht dagegen wehren. Und wenn sie sehen, daß sie sich verrechnet haben, schimpfen sie!

Sie träufeln den Massen das Gift des Verdachts ins Ohr, die sozialdemokratische Regierung helfe dem alten Militarismus in den Sattel. Unsinn! Die sozialdemokratische Regierung benutzt, weil sie keine anderen Machtmittel zur Verfügung hat, die Reste der Armee, um die demokratische Ordnung zu sichern. Würden die Herren, die die Regierungstruppen führen, den Versuch machen, die demokratische Republik zu stürzen, so würden sie verdammt schlechte Erfahrungen machen. Es ist freilich eine bittere Ironie der Weltgeschichte, daß die Regierung die Division Gerstenberg mit dem Leutnant v. Pritzelwitz zur Hilfe nehmen muß, um die demokratische Ordnung gegen die Henke und Lausenberg zu schützen, aber eine Schande ist das doch nur für die Henke und Lausenberg und ihre betörten Anhänger.

Die Regierung wird auch künftig tun, was ihr die Pflicht am Volke, vor allem an der Arbeiterklasse, nach ihrer Ueberzeugung gebietet, und sie wird dabei die Masse der sozialdemokratischen Partei hinter sich haben, mag sich auch der oder jene unzuverlässige Anhänger verwirren lassen. Die anderen mögen es sich gesagt sein lassen: Wir sind uns dessen bewußt, daß hier nicht um Pfeifernüsse gespielt wird, daß es um Leben und Tod des Volkes geht, und darum werden wir für das, was wir für unsere Pflicht am Volke halten, einstehen bis zum Alleräußersten und Letzten. Ohne Furcht und Schwäche werden wir den Weg weiter gehen, der uns allein einen Ausgang aus dem blutigen Labyrinth verheißt. Müssen Opfer fallen — gilt es mir oder gilt es dir? — Hauptsache ist, daß das Volk durchkommt!

Die deutsche Nationalversammlung.

In Weimar, der im Herzen Deutschlands gelegenen behäbig freundlichen ehemaligen thüringischen Residenzstadt, der Stätte, wo Goethe und Schiller unvergängliche Werke schufen, treten heute die Vertreter des ganzen deutschen Volkes zusammen, um den Unterbau für ein neues Deutschland herzurichten. Ihr Werk soll gleichfalls unvergänglich sein. Der morsche alte Obrigkeitsstaat ist durch den Krieg vernichtet worden; unter seinen Trümmern liegt auch der preußische Militarismus mitbegraben. Aus dem Schutt blinzeln noch die dahingerollten Kronen der vielen Potentaten, die angeblich durch Gottes Gnade ihre „Untertanen" regierten. Sie werden nur noch als Theaterrequisiten Verwendung finden können.

Der deutsche Volksstaat ist im Werden. Das mündige Volk soll sich selbst regieren. Es bedarf keiner Bevormundung. Das wird in der Verfassung, welche die Nationalversammlung beschließen wird, bestimmt und unverrückbar festgelegt werden müssen. Wir wollen als Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und wollen es auch für Deutschland. Das schließt selbstverständlich die Diktatur einer Volksminderheit, von welcher Seite sie auch erstrebt werden mag, aus.

Aufgabe der Nationalversammlung wird es weiter sein dem republikanischen Deutschland eine Regierung zu geben, die sich auf den Volkswillen stützen kann. Die Sozialdemokratie der beiden Richtungen hat mehr als 13 Millionen Stimmen aufgebracht. Ihr gebührt deshalb auch der maßgebende Einfluß. Es kann und darf keine Regierung mehr in Deutschland geben, in dem diese auch nur zurückgedrängt wird, denn die Soldaten und Sozialisten sind die Träger der Revolution.

Wir haben bereits gesagt, daß der preußische Militarismus zerschmettert worden ist. Aber Deutschland soll deshalb nicht wehrlos werden. Jeder seiner Söhne, der waffenfähig ist, muß zu seiner Verteidigung und zu seinem Schutz herangezogen werden können, wenn ihm einmal Gefahr drohen sollte. Es ist deshalb notwendig, daß die Nationalversammlung die Grundlagen für ein Volksheer schafft, das losgelöst von dem alten Drill und dem verwerflichen und demoralisierenden Kadavergehorsam, dem alleinigen Zwecke dient, dem freien deutschen Volke eine geschützte Heimat zu sichern.

Vor allem aber hat die Nationalversammlung den Frieden vorzubereiten helfen, dessen Abschluß für Deutschland von allergrößter Wichtigkeit ist. Die Wut der Gegner richtete sich, wenn man ihren Worten glauben will, gegen den die Welt bedrohenden preußischen Militarismus, nicht gegen das deutsche Volk. Der preußische Militarismus, dessen Bekämpfung gerade eine der Hauptaufgaben der deutschen Sozialdemokratie war, ist beseitigt, endgültig beseitigt. Wenn man von der andern Seite jetzt den Sieg zur Vergewaltigung der Mittelmächte benutzen würde, so trifft man damit einzig und allein deren Völker, die in ihrer überwältigenden Mehrheit schuldlos sind an dem grauenvollen Kriege. Daß ein wirklicher Friede des Rechts zustande kommt, daran muß die Vertretung des deutschen Volkes ihre ganze Kraft setzen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, die Vereinigung der deutschen Teile der ehemaligen Donaumonarchie mit ihm, die finanzielle Gesundung des neuen Volksstaates, der frei von jedem Imperialismus zu neuer Blüte geführt werden muß, sie werden angestrengte Tätigkeit verlangen. Die Verhandlungen der Nationalversammlung, in denen das Feuer der Revolution nicht verlöschen darf, müssen sich zu Taten verdichten, die vor der Geschichte der Menschheit bestehen können.

Noch bis in die letzten Tage sind dem Zusammentritt der Nationalversammlung Schwierigkeiten der verschiedensten Art bereitet worden. Die Spartakisten, die das Heil der Menschheit in der Diktatur des Proletariats und in der Beseitigung der persönlichen Freiheit erblicken, suchen sie mit Gewalt zu verhindern. Vergeblich! Eine kleine Minderheit wird niemals dauernd der Mehrheit ihren Willen aufzwingen können.

Das deutsche Volk, die ganze Menschheit blickt jetzt auf Weimar. Was dort beschlossen wird, ist entscheidend für unsere Zukunft, für unsere Stellung in der Welt. Arbeit ist Sozialismus! sagt Ebert. Hoffen wir, daß die Arbeit, welche in Weimar geleistet, von sozialistischem Geiste getragen wird, auch wirklich Sozialismus ist.

Erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion trat im Volkshaus zu Weimar zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammen. Den Vorsitz führte provisorisch Genosse Ebert als Vorsitzender der Partei und Vorsitzender der alten Reichstagsfraktion. Er sprach in den

Begrüßungsworten seine Freude darüber aus, daß die Sozialdemokratie als weitaus stärkste Fraktion in die Nationalversammlung einzieht. „Die Revolution", so führte er weiter aus, „hat uns vor eine Riesenaufgabe gestellt. Deutschland war vollständig zusammengebrochen, militärisch, politisch und wirtschaftlich ein Trümmerhaufen, als die Macht in unsere Hände kam. Der Versuch, diese Riesenaufgabe gemeinsam mit den Unabhängigen zu lösen, mußte scheitern. Denn wäre es nach ihrem Willen gegangen, wären wir hoffnungslos und widerstandslos in vollständige Anarchie hineingeraten. Das Ziel unserer Tätigkeit in diesen Monaten läßt sich leicht beschreiben: Wir haben versucht, die politischen Errungenschaften der Revolution, den Sieg der Demokratie sicherzustellen. Wir haben versucht, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und die notwendigsten sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen. Wir haben hingearbeitet auf einen möglichst raschen Friedensschluß und möglichst ausreichende Lebensmittelversorgung. Ein großer Teil dieses Weges ist noch zurückzulegen: ihn wird die Nationalversammlung zu beschreiten haben, in der unserer Fraktion als der weitaus stärksten die Führung zufallen wird."

Genosse **Ebert** teilte weiter mit, daß unmittelbar nach dem 16. Februar, sobald die Volkswahlen in Deutsch-Oesterreich vollzogen sein werden, eine Delegation der österreichischen Fraktion sich zur Teilnahme an den Fraktionsverhandlungen einfinden wird. Zur vorläufigen Fühlungnahme hat die deutsch-österreichische Sozialdemokratie den Genossen Schaefer delegiert.

Der Arbeitsplan für die Nationalversammlung sieht die Eröffnung für Donnerstag Nachmittag 3 Uhr vor. Die Eröffnungsansprache hält Genosse Ebert. Dann übernimmt der Alterspräsident Genosse Pfannkuch den Vorsitz. Es wird vorgeschlagen werden, daß das Haus vorläufig die Geschäftsordnung des Reichstags übernimmt und sich dementsprechend am Freitag durch die Wahl des Präsidiums konstituiert. Den Präsidenten hat nach parlamentarischem Brauch die Sozialdemokratie zu stellen. Ein Ausschuß für die Revision der Geschäftsordnung wird sofort die Arbeiten beginnen. Die dringendsten und unaufschiebbarsten Vorlagen sind ein Finanzgesetz für die Regierung, das ihr einen vorläufigen Kredit einräumen und für die seit dem 9. November erforderlich gewesenen außerordentlichen Ausgaben Indemnität erteilt, sodann die Notverfassung, deren Beratungen Scheidemann mit einem politischen Exposee einleiten wird, während Preuß den Entwurf selbst begründet, die Aufstellung einer provisorischen Reichsregierung, damit die Friedensverhandlungen und die Lebensmitteleinfuhr in Fluß gebracht werden können. In der Fraktion trat die Auffassung zutage, daß es nicht wünschenswert sei sofort in große politische Debatten einzutreten, sondern daß zuerst so schnell wie möglich der Kredit und die Notverfassung geschaffen werden müßten.

Es entwickelt sich eine Aussprache über die Mehrheitsbildung in der Nationalversammlung. Zur Ausarbeitung des sozialdemokratischen Programms für die nächsten Aufgaben wird ein Ausschuß berufen sein, dem u. a. angehören: Auer-München, Anna Blos, Ulrich-Darmstadt, Cohn, Geck-Mannheim, Hoch-Hanau, Krätzig und Otto Braun (Landwirtschaftsminister).

Der Zentralrat der deutschen Republik

hat an die Nationalversammlung eine Mitteilung gelangen lassen, die sich mit den Hemmungen einzelstaatlicher Hoheitsrechte befaßt und als wichtigste Aufgabe betont:

Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landmannschaftlicher Selbstverwaltungs- und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt....

In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der A.- und S.-Räte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt übertragene Stellung als oberster Berufungsinstanz für die Soldatenräte, solange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Der Schutz der Nationalversammlung.

Der Sicherheitsdienst für die Nationalversammlung hat heute in vollem Umfange begonnen. Der Gedanke einer Bedrohung oder Störung der Versammlung ist ausgeschlossen. Den Thüringer Truppen ist nach ihrem Wunsche Anteil an dem Dienste gegeben. Sie haben den Sicherheitsdienst im Schloß — dem Sitze der Regierung.

Der Oberbefehlshaber Noske hat den Soldatenrat in Erfurt, der sich in mündlicher Besprechung zur Unterstützung der Regierung bereit erklärt hat, aufgefordert, die Ablieferung der zu Unrecht verteilten Waffen umgehend anzuordnen. Nach Ablauf von [illegible] Tagen erwartet die Reichsregierung die Meldung über die Zahl der abgelieferten Gewehre. Der Oberbefehlshaber hat keinen Zweifel daran gelassen, daß, wenn die Entwaffnung nicht zustande kommt, die erforderlichen Maßnahmen sofort veranlaßt werden dürften.

Reichskonferenz der Korps-Soldatenräte.

In der Berliner Konferenz sind die Armeekorps 1—12 und 15 bis 22, ferner das Gardekorps, die Luftschiffer, der Zentralrat der Flieger und die Schutztruppe durch je zwei Delegierte vertreten. Die Delegierten des badischen Armeekorps konnten infolge Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig eintreffen.

Es wurden die Bremer Vorgänge angeschnitten, diese Frage aber einer geänderten Konferenz überwiesen. Beschlossen wurde folgendes Telegramm an die Volksbeauftragten und den Oberbefehlshaber Noske zu senden:

„Die versammelten Vertreter der deutschen Armeekorps erklären der Reichsregierung, daß sie die Politik der Gewalt um jeden Preis verurteilen und unbedingt fordern, daß nicht kleinlicher Kompetenzkonflikte wegen das Blut deutscher Genossen vergossen wird. Sie fordern die Zurücknahme der Truppen die nach Bremen entsandt sind, und den Vergleich auf der Basis der vom 9. Armeekorps gemachten Vorschläge".

Scholz vom 5. A.-K. betonte, es sei das Bestreben zutage getreten, die Funktionen der A.- und S.-Räte als gemeingefährlich zu diskreditieren, selbst Genosse Scheidemann habe sich einem amerikanischen Journalisten gegenüber abfällig über uns geäußert. Wir verstehen das nicht, da sich doch die Volksbeauftragten von uns wählen ließen. Der Erlaß des Kriegsministeriums schränkt die Rechte der Soldatenräte außerordentlich. Nach wie vor ist strengste Kontrolle des Offizierkorps notwendig, so lange es sich aus dem alten reaktionären Material zusammensetzt. Die neuen Bestimmungen liefern aber unsere Kameraden schutzlos dem alten Regime aus. Durch die Nationalversammlung werden die S.-Räte nicht überflüssig, da sie rein militärischer Natur sind. Beim Kriegsministerium muß ebenfalls ein Soldatenrat eingesetzt werden, der als Zentralstelle sämtlichen Korpsräten übergeordnet [illegible] und die Genehmigung für künftige Erlasse erteilt.

Gegen Noske und Scheidemann wurde ein Mißtrauensvotum [illegible]

Evers (9. A.-K.) wandte sich ebenfalls scharf gegen Noske und erklärte, daß 9. A.-K. habe sich deswegen hinter Bremen gestellt, weil die Division Gerstenberg ohne Genehmigung des A.-K. in seinen Bereich einmarschiert ist. Wir lassen uns Bremen und Hamburg nicht aus der Hand nehmen, hinter uns steht das ganze Armeekorps und über 100000 bewaffnete Arbeiter. Wenn das so weiter geht, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn aus unzähligen Mehrheitssozialisten die radikalsten Unabhängigen werden. In Bremen will aber die Regierung Blut. (Der im Zuschauerraum sitzende frühere Volksbeauftragte Barth ruft: „Das wollte sie auch hier in Berlin!") Ebert und Scheidemann wollten mit Bremen verhandeln, Noske und ein Herr aus dem Kriegsministerium haben das verhindert!

Nach weiterer Debatte wird ein **Antrag Evers** mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die heute tagende Konferenz der Delegierten aller deutschen Armeekorps spricht dem Volksbeauftragten Noske ihr schärfstes Mißtrauen aus und fordert seinen sofortigen Rücktritt."

Das Mißtrauensvotum gegen den Volksbeauftragten Scheidemann wird gegen 8 Stimmen angenommen.

Unterstaatssekretär **Göhre** als Referent des Kriegsministeriums betont, in der bisherigen Diskussion ist nur die politische Seite der Verordnung beleuchtet. Ich will Ihnen die praktische Seite zeigen. Die Verordnung soll nicht eine Regelung für das künftige Volksheer darstellen, sie hat vielmehr nur Bedeutung für die Reste des alten Heeres. Sie bezieht sich ebenfalls nicht auf die freiwilligen Organisationen, Soldatenwehr, Freikorps, Grenzschutz. Die Verordnung soll vielmehr die Soldatenräte legalisieren und ihren Bestand sichern. Die Offiziere sind notwendig, da das Proletariat nicht über genügend vorgebildete Militärs verfügt. Die Regelung der Kommandogewalt drückt nicht die Soldatenräte an die Wand. Bei Punkt 5 des Erlasses war für uns entscheidend, daß die militärische Führung in einer Hand liegen kann. Die Kontrolle der politischen Tätigkeit liegt nach wie vor den Soldatenräten ob. In sozialen, wirtschaftlichen und Disziplinarfragen sind die Räte den Führern gleichgestellt. Zwar sollen die Offiziere in Zukunft wieder ernannt werden, die Räte aber haben das Recht, die Offiziere abzulehnen. Gegen Uebergriffe der Offiziere werde ich als erster einschreiten, wenn nur welche gemeldet werden. Das Offizierkorps wird verkleinert. Seit dem 9. November sind mehr als 250 Generale und Stabsoffiziere und Hunderte niederer Grade zur Disposition gestellt worden. Die Frage einer obersten Kontrollstelle im Kriegsministerium kann nur dann gelöst werden, wenn die Soldatenräte durch ein praktisches Wahlsystem neu gewählt und so neu legitimiert worden sind.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist die Konferenz von vornherein nur als eine Besprechung betrachtet worden, und der Zentralrat hat die Einladungen auch nicht für einen Kongreß ergehen lassen, sondern für eine Zusammenkunft, die kein Recht hat, endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Besprechung sollte lediglich dazu dienen, Mißverständnisse zu beseitigen und durch eine Aussprache den Weg zu einer Verständigung über strittige und abänderungsbedürftige Punkte in dem neuen Gesetz über die Regelung der Kommandogewalt zu ebnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine sozialistische Mehrheit in der sächsischen Volkskammer.

Nach den endgültig festgestellten Wahlergebnissen setzt sich die sächsische Volkskammer wie folgt zusammen: 42 Sozialdemokraten, 22 deutschen Demokraten, 15 unabhängigen Sozialdemokraten, 13 Deutschnationalen und 4 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei. — Mit den unabhängigen Sozialdemokraten bildet die Sozialdemokratie eine Mehrheit von 57 Mandaten gegen 39 bürgerliche. Inwieweit es möglich sein wird, in der Volkskammer im sozialistischen Sinne mit den Unabhängigen zusammenzuarbeiten, muß die Zukunft lehren.

Die 42 sozialdemokratischen Abgeordneten verteilen sich mit 4 auf Leipzig, 17 auf Dresden und 21 auf Chemnitz; die 15 Unabhängigen werden sich auf Leipzig mit 10, Chemnitz mit 3 und Dresden mit 2 verteilen. — Ein trauriges Kapitel ist die Wahlbeteiligung. Im Dresdner Bezirke haben die Sozialdemokraten 125000 Stimmen verloren, während die Unabhängigen über 8000 gewonnen haben. Im Leipziger Wahlbezirke haben wir die Mehrheitssozialdemokraten 32000, die Unabhängigen nahezu 20000 Stimmen weniger als am 19. Januar. Ebenso ist in Chemnitz ein Stimmenrückgang zu verzeichnen; während am 19. Januar 77 Prozent zur Wahlurne gingen, waren es am 2. Februar nur 67. Aber während hier die Mehrheitsstimmen um rund 100000 zurückgegangen sind, haben die Unabhängigen einen nicht unbeträchtlichen Gewinn zu buchen, nämlich etwa 2300 Stimmen oder etwa 45 Prozent. Wenn unsere Stimmenzahlen einigermaßen denen vom 19. Januar nahe gekommen wären, so hätte die Mehrheitssozialdemokratie allein eine Mehrheit in der neuen Kammer herausbringen müssen.

Proklamierung des Bürgerstreiks in Düsseldorf.

Nachdem der Vollzugsausschuß des kommunistischen Arbeiterrates auf die Forderung der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen Düsseldorfs bis jetzt keine Antwort erteilt hat, sind gestern mittag die Angehörigen der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen in den Generalstreik eingetreten. Der gesamte Verkehr, Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon ruht. Ebenso sind die Geschäfte und Wirtschaften geschlossen, wie auch alle großen Betriebe in Düsseldorf geschlossen werden müssen, weil die Beamten überall ihre Tätigkeit einstellen.

Belgien.

Abermalige Ablehnung zur Berner Konferenz. Die belgische sozialistische Geschäftsleitung weigerte sich abermals mit 21 gegen 10 Stimmen und bei 3 Stimmenthaltungen an der Berner Konferenz teilzunehmen. Infolge dieses Beschlusses der belgischen Arbeiterpartei hat Vandervelde seine Demission als Präsident des internationalen sozialistischen Bureaus gegeben.

Rußland.

Einnahme von Archangelsk durch bolschewistische Truppen. Die Bolschewisten haben mit starken Kräften Archangelsk angegriffen, so daß die Engländer nach dreitägiger Beschießung sich gezwungen sahen, die Stadt zu verlassen. Die weichenden Truppen bestanden größtenteils aus Amerikanern und Russen, die nunmehr eine neue Stellung mit verkürzter Front nördlich Archangelsk eingenommen haben.

Russische Räteregierung in der Ukraine. Nach einem Funkspruch aus Moskau hat die russische Regierung in der [illegible] Truppen [illegible] Teilen der Ukraine alsbald eine provisorische bolschewistische Räteregierung eingesetzt. Vorsitzender ist Rakowski der ehemalige Führer der russischen bolschewistischen Friedensdelegation in Kiew.

Kleine politischen Nachrichten.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Jasper, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, mit starken Kräften zusammengearbeitet zu haben, deren Zweck der Sturz der Braunschweiger Regierung mit Hilfe militärischer Macht ist, ist wieder freigelassen worden.

Wegen der vorhandenen großen nationalen Gegensätze ist auf Veranlassung des preußischen Staatsministeriums die Wahl zu den Kommunalparlamenten in Posen, Westpreußen und Kreis Oppeln auf drei Monate ausgesetzt worden.

Zwischen Polen und Tschecho-Slowaken wurde ein Vertrag geschlossen, der die Grenzfragen behandelt und besonders den Polen Waffen und Munition sichert.

Wirtschaftliches.

5000 Morgen Kulturland.

Von einem höheren Beamten eines Landratsamtes wird dem „Vorwärts" geschrieben: Etwa 8 Kilometer südlich von Celle an der Bahn nach Lehrte liegt das sogenannte Große oder Müggenberger Moor, das für eine Melioration in Ihrem Sinne wie geschaffen ist. Etwa 5000 Morgen groß, gehört es zu etwa zwei Fünftel dem Staat (Regierung in Lüneburg), zwei Fünftel der Hannoverschen Siedelungsgesellschaft und einem Fünftel einem Privatmann. Etwa 500 Morgen Kulturland sind bereits vorhanden. Die Entwässerung des übrigen Gebiets ist zum Teil bereits erfolgt, zum Teil kann sie an der Hand der vorliegenden Pläne ohne Schwierigkeit durchgeführt werden. Auch die Unterbringung der Arbeiter würde nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, da auf dem Gelände noch einige Gefangenenbaracken stehen. Sie müßten schon jetzt für die Aufnahme der Arbeiter wohnlich hergerichtet werden, damit bei Eintritt der milden Jahreszeit sofort mit den Meliorationsarbeiten begonnen werden kann. Auch Verträge mit Dampfpflug- oder Motorpflugbesitzern zum Umbrechen des Geländes müßten schon jetzt abgeschlossen werden. Mit Vertrauensleuten der Erwerbslosen wäre schon jetzt am besten an Ort und Stelle über die Einzelheiten der Unterbringung, Verpflegung, Arbeitszeit, Lohn usw. zu unterhandeln, das Aufsichtspersonal anzuwerben, Lebensmittel, Feldküchen u. dergl. bereitzustellen. Gleich nach meiner Rückkehr aus dem Felde im Dezember vorigen Jahres habe ich mich mit den Interessenten wegen Inangriffnahme der Arbeiten auf dem „Großen Moore" ins Benehmen gesetzt. Trotzdem sie alle gewillt sind, die Sache nunmehr mit Hochdruck zu betreiben, habe ich nicht den Eindruck, daß das Projekt seitdem wesentlich vorangekommen ist. Vielleicht gelingt es Ihnen, die Blicke der maßgebenden Stellen einmal auf dieses Projekt zu lenken. Nach meiner Auffassung wäre es am zweckmäßigsten, wenn der Staat hier als Unternehmer auftreten würde, da an eine Rentabilität des ganzen Unternehmens vorläufig natürlich nicht zu denken ist. Die technische und verwaltungsmäßige Aufsicht wäre einer örtlichen Stelle sowie dem Landratsamte zu übertragen, während für Beköstigung, Beaufsichtigung und Unterhaltung der Erwerbslosen deren Vertrauensleute selbst zu sorgen hätten.

Ernährungsfragen.

Kartoffelmangel in Nürnberg.

Nach einer amtlichen Mitteilung sind z. Z. die Kartoffelvorräte der Stadt Nürnberg vollständig erschöpft und die Stadt ist deshalb nicht mehr in der Lage, Kartoffeln an die Einwohner abzugeben. Die Landgemeinden verweigern die Lieferung und haben die städtischen Beamten, die dazu aufforderten, mit dem Messer bedroht. An Stelle der Kartoffeln werden für die nächste Zeit pro Kopf und Woche 3 Pfund Kohlrüben ausgegeben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 6. Februar.

Feinüberlegte Heuchelei.

Die bisherigen Lübecker Machthaber fühlen den Boden unter ihren Füßen schwinden. Sie konnten sich in der Bürgerschaft nur eine Mehrheit auf Grund eines niederträchtigen Klassewahlrechts sichern. Erst dem Revolutionssturm ist dieses Klassenwahlrecht, an das man sich mit Nägeln und Zähnen klammerte, zum Opfer gefallen. Am kommenden Sonntag soll nun die Lübecker Bevölkerung erstmalig nach einem freien Wahlrecht ihre Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft wählen. Da bekanntlich nur die allergrößten Kälber ihre Metzger selber wählen, so können die Volksentrechter nicht erwarten, daß sich die Mehrheit unserer Einwohnerschaft hinter sie stellt. Deshalb suchen sie das Publikum zu täuschen. Zunächst dadurch, daß sie hinter einem neuen Namen ihre anrüchige Vergangenheit verbergen. Eine ganze Anzahl der Wahlrechtsfeinde haben sich unter dem Mantel der sogenannten deutsch-demokratischen Partei verkrochen. So neu ausstaffiert, können sie dennoch nicht von ihrem alten Schwindel lassen. Heute mittag wurde in der Stadt ein Flugblatt verbreitet, in dem in fetter Schrift die Frage aufgeworfen wird:

„Warum wird in Lübeck kein Putsch gemacht?"

Darauf gibt die saubere oder viel besser gesagt unsaubere „Deutsche demokratische Partei" folgende Antwort:

„Weil ein Gewaltstreich die Mitläufer der Sozialdemokratie vor den Kopf stoßen würde und deshalb kurz vor den Bürgerschaftswahlen sich nicht empfiehlt." Mit dieser vielsagenden Erklärung vertröstete ein Mitglied des A.- und S.-Rates in einer am 28. Januar abgehaltenen Versammlung seine putschlüsternen Genossen auf die Zeit gleich nach der Wahl. Also — merkt auf, Ihr Mitläufer der Sozialdemokratie!! Um Euch Sand in die Augen zu streuen, gibt sich die Sozialdemokratie vor der Wahl den Anschein, als achte sie Ordnung und Gesetzmäßigkeit. Sie weiß, daß sie, wenn sie ihre wahren Absichten und Ziele erkennen ließe, niemals Eure Stimmen erhalten würde. Um Eure Stimmen einzufangen, darum diese feinüberlegte Heuchelei! Erst nach der Wahl darf die Maske fallen. Erst dann will man rücksichtslos mit den Mitteln arbeiten, von denen ihr nichts wissen wollt, mit Putsch und Gewaltstreich! Nach der Wahl will man auch in Lübeck Zustände schaffen, wie sie in Bremen und anderwärts, wo die sozialdemokratische Knute regiert, herrschen. Das ist die im allgemeinen vorsichtig verhüllte, am 28. Januar aber vorlaut ausgeplauderte Absicht."

Wenn die Lübecker Arbeiter ihrer Empörung über diese von überaus niedriger Gesinnung zeugende Verleumdung nur dadurch Ausdruck geben, daß sie ihren Urhebern am Wahltage die verdiente Quittung erteilen, so zeugt das von einer großen Selbstbeherrschung. Aus der „demokratischen" Sudelschrift spricht geradezu die Absicht, Putsche hervorzurufen. So wird denn diese Art Agitation gemeingefährlich für die Bevölkerung. Selbstverständlich ist die Behauptung glatt erlogen, daß ein Mitglied des A.- und S.-Rates erklärt habe, in Lübeck würden keine Putsche gemacht, weil ein Gewaltstreich die Mitläufer der Sozialdemokratie vor den Kopf stoßen würde und deshalb kurz vor den

Heute abend 7½ Uhr: Große Volks-Versammlungen

„Bürgerschaftswahlen sich nicht empfiehlt". Der Lügner, der sie aufstellt, müßte auch mitteilen, wer sie denn getan haben soll. Das wird begreiflicherweise unterlassen. Dieser Appell an die Furcht — denn das Flugblatt verfolgt den Zweck, politische Kinder zu erschrecken — ist nichts als eine feinüberlegte Heuchelei, die um so abstoßender wirken muß, als die sogenannte deutsche demokratische Partei genau weiß, daß ihm jede tatsächliche Unterlage fehlt. Wenn die Räuber der Volksrechte und Nutznießer der Vorrechte sich schon solcher Mittel bedienen müssen, um ihre Herrschaft wieder aufzurichten, dann zeigen sie damit nur, wie schlecht es um ihre Sache steht. Die Lübecker Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie den Willen und die Kräfte hat, hier freiheitliche Einrichtungen zu schaffen und zu schützen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dabei in tatkräftiger Weise mitgewirkt. Die von der „deutschen demokratischen Partei" im Interesse seiner Mandatspolitik gewünschte Putschtaktik lehnt sie dankend ab. Daß Soldaten und arbeitslose organisierte Arbeiter, wie das vorgekommen ist, wenn auch gegen Bezahlung, sich durch Verteilung der Verleumdungs-Flugblätter die Hände beschmutzten, muß mehr als befremden.

Tartarennachrichten

füllen jetzt, seit gedruckt, die Spalten der Presse. Ueberall wird über Unruhen, geplante spartakistische Angriffe und Uebergriffe berichtet. Wenn man dann die Wirklichkeit mit den Meldungen vergleicht, so stellt sich vielfach heraus, daß aus einer Mücke ein Elefant gemacht wurde. Dadurch trägt man allerdings absichtlich oder nicht, wesentlich zur Beunruhigung der Bevölkerung bei. Wie das gemacht wird, zeigt folgendes Telegramm, das durch die deutschen Blätter geht:

Unruhen in Lübeck?

TU. Berlin, 5. Februar. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, haben sich auch in Lübeck gestern in später Abendstunde und in der heutigen Nacht Unruhen ereignet, jedoch ist hierüber nichts Näheres in Erfahrung zu bringen, denn der Telephonverkehr mit Lübeck ist vollständig unterbrochen. Ebenso ist es unmöglich, mit Oldenburg in telephonischen Verkehr zu treten. Auch die über Hamburg hinaus liegenden Orte sind infolge der Einstellung des Telephonverkehrs in Hamburg von hier aus nicht zu erreichen.

Von diesen nächtlichen Unruhen ist in Lübeck selbst nichts bekannt. Auswärts wird man sicherlich mehr über unsere Stadt beunruhigt sein, als das bei dem furchtsamsten hiesigen Spießer der Fall ist.

Der Lübecker Soldatenrat erklärt, daß es ihm bei der gestrigen Besetzung des Postamts fern gelegen habe, zugunsten der Bremer Spartakisten einzugreifen.

Republikanische Soldatenwehr. In der am Mittwoch nachmittag im Gewerkschaftshaus zusammengetretenen Versammlung fast sämtlicher Mannschaften der Soldatenwehr (Sicherheitsdienst) wurde in Rücksicht auf das Verhalten der Soldatenräte des 9. A.-K. und auf die Vorfälle in Bremen und Hamburg beschlossen, daß die Lübecker Sicherheitstruppe nach wie vor auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung steht.

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Das Reichsarbeitsamt hat am 23. Dezember 1918 eine Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Streitigkeiten erlassen. Nach § 7 fg. dieser Verordnung sind in allen Betrieben Verwaltungen und Bureaus, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, soweit sie nicht schon bestehen, sofort zu bilden. Als Angestellte im Sinne dieser Verordnung sind die nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Personen mit Einschluß der auf Grund der besonderen Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der Versicherungspflicht Befreiten sowie diejenigen, die versicherungspflichtig sein würden, wenn nicht ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 Mark oder ihr Alter das 60. Lebensjahr überstiege, zu betrachten. Nicht als Angestellte gelten die Generalbevollmächtigten sowie die im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragenen Vertreter der Unternehmung, für die der Ausschuß errichtet werden soll. Die Mitglieder der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden von den Arbeitern oder Angestellten des Betriebes, der Verwaltung oder des Bureaus oder der Betriebs-, Verwaltungs- oder Bureauabteilung, für die der Ausschuß errichtet wird, aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Der Arbeitgeber hat für die Leitung der Wahl zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen einen aus je drei Mitgliedern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen. Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind aus den ältesten Wahlberechtigten zu entnehmen; sie wählen mit Stimmenmehrheit einen von ihnen zum Vorsitzenden; ist die Wahl ergebnislos, so führt der an Lebensalter Aelteste den Vorsitz. In Betrieben, Verwaltungen und Bureaus, in denen in der Regel weniger als 50 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, besteht der Arbeiter- oder Angestelltenausschuß aus je drei Mitgliedern und ebensoviel Ersatzmännern. Im übrigen gelten für die Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse die Bestimmungen, die betreffend Schaffung dieser Einrichtungen bereits auf Grund des Hilfsdienstgesetzes ergangen sind und allgemein bekannt sein dürften.

Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Angestellten in dem Betriebe, der Verwaltung oder dem Bureau dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Sie haben in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber darüber zu wachen, daß in dem Unternehmen die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, haben die Ausschüsse oder Vertretungen im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter oder Angestellten bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Es liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft oder der Angestelltenschaft sowie zwischen diesen und dem Arbeitgeber zu fördern. Außerdem haben sie ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betrieb, der Verwaltung und dem Bureau zu richten und bei den sogenannten gefährlichen Betrieben die Gewerbeaufsichtsbeamten, im übrigen andere in Betracht kommende Stellen, bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen. Auf Verlangen mindestens ein Viertel der Mitglieder des Arbeiter- oder Angestelltenausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden. Den Arbeitgebern und ihren Vertretern ist untersagt, ihre Arbeiter oder Angestellten in der Ausübung des Wahlrechts bei den Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen oder in der Uebernahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines solchen Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen. Versäumung der Arbeitszeit infolge der Wahlen oder der Zugehörigkeit zu den Ausschüssen darf eine Minderung der Entlohnung nicht zur Folge haben. Vertragsbestimmungen, die diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig. Arbeitgeber und ihre Vertreter, welche die Bildung dieser Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nicht sofort in die Wege leiten, oder die diesbezüglichen Bestimmungen der Verordnung übertreten, setzen sich Geld- oder Haftstrafen, unter Umständen noch härteren Strafen aus. Es empfiehlt sich, die mitgeteilten Bestimmungen genau zu beachten und vor allem auch Einsicht in die Verordnung selbst zu nehmen, die sowohl im Reichsgesetzblatt wie auch im Deutschen Reichsanzeiger vom 28. Dezember 1918, Abendausgabe, zum Abdruck gelangte.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Februar 1919: 33 510 Mitglieder, darunter 165 Mitglieder von Erfolgklassen, deren Rechte ruhen, gegen 31 571 im Jahre 1918. Auf Männer entfielen davon 19 416 (1918: 16 532), auf Frauen 14 094 (1918: 15 039). Arbeitsunfähig krank waren am Jahresschluß Männer 853 (1918: 616) und Frauen 855 (1918: 608). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Januar 3360 (1918: 2629) erteilt. Sterbegeld wurde im Januar für Mitglieder in 44 Fällen, für Angehörige in 24 Fällen gezahlt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 23 Fällen mit Strafe zu belegen.

wb. **Hansatheater.** „Das Dreimäderlhaus", Singspiel in 3 Akten von Willner und Reichert, Musik nach Franz Schubert von Berté, setzt den Tantiemenstrom für die drei Operettenfabrikanten von nun an in der Moislinger Allee fort. Der arme Franz Schubert — im Stück muß er zusehen, wie ein Luftikus von Freund ihm die Braut wegschnappt, weil das Hannerl ein kleines Ganserl ist und ihr Ideal auf das Wort einer Grisi hin für einen Schürzenjäger hält, ihm, der nur eine geliebt und ihr seine ganzen Lieder gewidmet hat, und im Leben ging der Komponist jener herrlichen Lieder arm wie eine Kirchenmaus an Nahrungssorgen zugrunde, während heute ein paar Operettenfabrikanten bei der Ausbeutung seiner Lieder Millionen einheimsen. Eine besondere Anziehungskraft hat das Hansatheater in dem hier so beliebten Künstler Edgar Raulin, der den Herrn Hofglasermeister Tschöll wie aus einem Guß gemacht in der echten wienerischen Auffassung auf die Bretter stellte und stürmische Lachsalven hervorrief. Aber auch Herr Bachmann verdiente sich für seinen Franz Schubert uneingeschränktes Lob. Frl. Lohmann gab das Hannerl nach besten Kräften und auch mit Erfolg. Von den übrigen Darstellern seien Frl. Hanning, Herr Gener und Herr Engelmann genannt. Das gutbesetzte Haus amüsierte sich aufs beste.

In den Kriegsküchen wurden im Januar an 51 Tagen 52 750 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug an 31 Mittagen von 52 677 Portionen 1699, an 26 Abenden von 39 073 Portionen 1157, zusammen 2 856.

Die Liste Stelling

(Wahlvorschlag Nr. 7) muß **am kommenden Sonntag** bei der

Bürgerschaftswahl

jeder freiheitlich gesinnte Wähler abgeben.

Nur das sichert die Errungenschaften der Revolution in Lübeck, verbürgt den Fortschritt auf allen Gebieten.

Die Gegner können uns nicht mit ehrlichen Waffen bekämpfen, deshalb greifen sie zu dem erbärmlichen Mittel der Verleumdung.

Gebt ihnen die verdiente Antwort!

Schönberg i. M. Schleichhandel. Der A.- und S.-Rat beschlagnahmte Mittwoch in den ersten Morgenstunden von einem Fuhrwerk aus Rehna 2 Schweine von zusammen über 200 Pfund Gewicht, die in drei Körben resp. Koffern verpackt waren und nach Hamburg ausgeführt werden sollte. Der Inhaber des Gepäcks, ein Schlachter Schneider aus Hamburg, wurde in Haft genommen. Außerdem beschlagnahmte der A.- und S.-Rat in den letzten Tagen in Grieben und auf dem hiesigen Bahnhofe wiederum zirka 320 Eier, 1 Schinken, 10 Pfund Speck, 10 Pfund Butter, 6 Pfund Wurst und zwei Zentner Korn. Auf Veranlassung des hiesigen A.- und S.-Rates wurde von der Militär-Kriminalabteilung Hamburg, Hauptbahnhof, zwei Koffer revidiert und zwei Seiten Speck und ein Zentner Mehl beschlagnahmt.

Hamburg, 6. Februar. Wie der Zentralbeamtenrat mitteilt ist die Arbeitsniederlegung der Beamtenschaft nach zufriedenstellender Zusicherung seitens des A.- und S.-Rates beendet. Der Betrieb der Eisenbahnen wurde heute morgen wieder aufgenommen, während der Fernsprech- und Telegraphenverkehr heute früh 9 Uhr den Betrieb aufnahm. Der Streik war eine Kundgebung für die Regierung Ebert-Scheidemann.

Hamburg, 6. Februar. Gestern abend fanden hier 8 Protestversammlungen der drei sozialistischen Parteirichtungen statt, die sich gegen die Entsendung der Gerstenberg-Division nach Bremen und gegen den Militarismus richteten.

Kiel, 6. Februar. Ein blutiger Zusammenstoß. Etwa 2000 Arbeiter, die an der Versammlung des Spartakusbundes, des Roten Soldatenbundes und der Unabhängigen teilnahmen, zogen Mittwoch mittag zum Gouverneur, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft, sowie die Einstellung der Lebensmittelzufuhr für die nach Bremen gegangene eiserne Division zu fordern. Letzteres sagte der Gouverneur bereits vorher einem Arbeiterausschuß zu. Als mehrere Gruppen in eine nahe liegende Kaserne eindringen wollten, gaben die Sicherheitsmannschaften Feuer, wobei vier Zivilisten und ein Matrose getötet, sowie 8 Zivilisten und 4 Marineleute verwundet wurden. Es wurden große öffentliche Versammlungen der Arbeiterschaft abgehalten, in denen für morgen der Generalstreik beschlossen wurde. — Sympathiestreik für Bremen. Kiel war Mittwoch vormittag ohne Post- und Eisenbahnverbindung, weil auf Anordnung des Eisenbahnausschusses in Altona jeder Verkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Altona stillgelegt war. Gegen mittag ist der Verkehr, mit Ausnahme zwischen Hamburg und Elmshorn, wieder aufgenommen worden. Die Werftarbeiterschaft war vormittags teilweise in einen Sympathiestreik für Bremen eingetreten. Sie wollte dadurch verhindern, daß Lebensmittel an die Division Gerstenberg abgehen. Die Frage ist inzwischen im Sinne der Arbeiterschaft geregelt worden. Kiel ist sonst ruhig.

Flensburg, 6. Februar. Die Zentrale der Beamtenvereine in Flensburg richtete an den A.- und S.-Rat ein bis heute mittag befristetes Ultimatum, daß er nicht weiter gegen die Regierung vorgehe, sonst würden sämtliche Beamten in den Ausstand treten.

Schleswig. Eine neue Abspaltungsbewegung in Mittelschleswig. Wie die P. P. N. erfahren, macht sich neuerdings in Mittel-Schleswig eine Bewegung zugunsten eines Anschlusses an Dänemark bemerkbar, die sich vor kurzem zu einer Petition an die dänische Regierung verdichtet hat. Die Petition verlangt, durch freie Abstimmung kundzugeben, daß Mittel-Schleswig die Wiedervereinigung mit Dänemark wünsche und trägt die Unterschriften von 3101 Männer und Frauen aus der Stadt Flensburg und 576 Unterschriften aus verschiedenen Orten Mittelschleswigs. In ihrer vorsichtig und zurückhaltend abgefaßten Antwort nimmt die dänische Regierung mit tiefer Befriedigung davon Kenntnis, daß die dänischen Mittelschleswiger sich für eine Lösung der Frage ausgesprochen haben, an die auch der dänische Reichstag seine nationalen Hoffnungen knüpft und verspricht, die Wünsche der Petenten dem Verbande zu unterbreiten. Daß es sich hier um die Machenschaften und Wünsche einer verschwindend kleinen dänischen Minderheit in Mittel-Schleswig handelt, wird aber in der dänischen Presse nicht übersehen und die Tatsache hervorgehoben, daß bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Flensburg für die Listen der deutschen Parteien 23 000 Stimmen abgegeben wurden, während die Petition nur 3100 Unterschriften trägt. Diese Zahlen erkennen ganz deutlich, daß bei Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die dänischen Mittelschleswiger schmählich Fiasko erleiden würden.

Bremen, 6. Februar. Aufruf der Division Gerstenberg. An die Einwohnerschaft von Bremen erließ die Division Gerstenberg folgenden Aufruf: Die Division Gerstenberg greift im Auftrage der Regierung ein. Sie übernahm den Oberbefehl in Bremen. Ihre Aufgabe ist es, Leben und Eigentum jedes friedlichen Einwohners zu schützen. Helft uns dabei. Zu den ersten unruhigen Tagen bleibe jeder nach Möglichkeit zu Hause. Vermeidet Ansammlungen auf der Straße und seht in den Soldaten der Division Eure Beschützer, deren Arbeit dem Wohle Bremens und seiner Einwohner gilt.

Unter Bezugnahme auf den Aufruf ist von der provisorischen Regierung der Belagerungszustand über Stadt und Landkreis Bremen verhängt. Durch das Freikorps Gerstenberg wird in Bremen die Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt. Diese dauernd zu gewährleisten, das Gemeinwesen gegen jede Gegenrevolution von rechts und links zu schützen, ist nunmehr eigene Aufgabe der Bevölkerung Bremens. Die provisorische Regierung wendet sich daher an alle wehrfähigen Männer Bremens, die bereit sind, die Reichsregierung und die provisorische Regierung Bremens zu schützen mit diesem Aufruf, ihr dabei zu helfen. Zu diesem Zwecke wird eine Regierungsschutztruppe von Bremen unter Major Caspari gebildet. Die Aufgabe dieser Truppe besteht in der Sicherung und dem Schutze der provisorischen Regierung Bremens und der Bremer Nationalversammlung. Weiter wird eine Stadtwehr zur Verstärkung des Sicherheitsdienstes gebildet.

Bremen. Bremen befindet sich jetzt vollständig in den Händen der Regierungstruppen. Nachmittags wurde von den Truppen widerstandslos die Weserwerft besetzt. Die Arbeiter hatten sich mit ihren Waffen in die Umgegend von Burg und Vegesack zurückgezogen, wo sie, wie von dort gemeldet wird, requirieren und plündern. Heute nachmittag wurde die Hafengegend nach versteckten Spartakisten abgesucht. Dabei wurden im Freihafen mehrere Personen festgenommen und 50 Gewehre beschlagnahmt. Der Verkehr mit Bremen wickelt sich wieder ordnungsmäßig ab. — Die Verluste sind durch den Widerstand, den die Arbeiter der anrückenden Division entgegensetzten, leider auf beiden Seiten sehr schwere gewesen. Genaueres über die Zahl läßt sich im Augenblick nicht feststellen, da viele Verwundete in Privathäusern liegen. Man schätzt die Zahl der Toten auf 40—50, die der Verwundeten auf etwa 200. Unter den Verwundeten sind auch zahlreiche Zivilpersonen. Die Schäden in der Stadt sind sehr schwer. Besonders die Gebäude an der Altstadtseite der Weser sind durch Minen und Granaten getroffen. In der Wachtstraße ist kein heiles Fenster mehr. Die Union ist schwer geschädigt, etwa 150 Minen sind in die Stadt hineingegangen. Das Dach der Union und der obere Teil ist zertrümmert, ebenso ist es in der Börse. Ebenfalls beschädigt ist das Parteihaus, das ganze Dach ist abgedeckt. Die Redaktionsstuben sind völlig eingefallen. Auch andere Häuser in der Nähe wurden von Volltreffern beschädigt. Das Vorgehen der Regierung wird jetzt, wenn auch unbeabsichtigt, von Hilferding, dem leitenden Redakteur des Zentralorgans der Unabhängigen, der Berliner „Freiheit" gerechtfertigt, wenn er sich dagegen wendet, daß alle Macht den A.- und S.-Räten übertragen wird. Er schreibt, die Losung „alle Macht den Arbeiterräten" halten wir für verfehlt. Sie widerspricht allen Grundsätzen der Demokratie, indem sie einen Teil des Volkes von dem Mitbestimmungsrecht ausschließt. Die Ausschließung bestimmter Bevölkerungsteile von der politischen Mitwirkung treibt diese in die äußerste Opposition. Die Verleugnung der Demokratie stößt aber auch bei allen, denen die Demokratie Ueberzeugung ist, auf steigenden Widerstand, nicht zuletzt bei großen Arbeiterschichten. Die Formel einigt das Proletariat nicht, sondern spaltet es." Für die Demokratie hat die Division Gerstenberg geblutet.

Neueste Nachrichten.

Die Bildung der Fraktionen.

Weimar, 6. Februar. In Weimar wehen seit gestern mittag die verschiedensten Flaggen zu Ehren der Nationalversammlung. Ueber die Konstituierung der Fraktionen ist bisher folgendes festgestellt: Zum Vorsitzenden der deutschen Volkspartei ist der frühere sächsische Staatsminister Dr. Heinze bestimmt. Die deutschnationale Volkspartei hat den Grafen Posadowsky zum Vorsitzenden und als Stellvertreter Dietrich, Dr. Schultz (Bromberg) und Behrens ernannt. Die deutsche demokratische Fraktion ernannte von Payer zum Vorsitzenden; als weitere Mitglieder werden Oberbürgermeister Koch (Kassel), Friedrich Naumann und sächsischer Staatsminister a. D. Nietzke und Frhr. von Richthofen erwähnt. Die christliche Volkspartei hat den früheren Reichstagsabgeordneten Gröber ausersehen.

Die sozialdemokratische Partei macht auf die drei leitenden Stellen Anspruch. Für den Reichspräsidenten (Ebert) Ministerpräsidenten (Scheidemann), und als erster Präsident der Nationalversammlung wird neben Heine und Löbe der bayerische Minister Auer genannt.

Literarisches.

Parvus, Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter: I. Die wirtschaftliche Ueberwindung des Kapitalismus; II. Sozialismus und Bolschewismus. — Preis 50 Pfg. — Kommissionsverlag M. Tröjan, Altona. Den deutschen Arbeitern wird in den beiden Briefen eine durch ihre knappe Fassung besonders wertvolle klare Uebersicht über Umfang und Tragweite, wie auch über die Grundlage der ihnen durch die Revolution eröffneten Aufgabe der Sozialisierung der Produktion geboten. Besonderer Wert ist der schroffen Unterscheidung zwischen Sozialismus und Bolschewismus und der sachlichen Feststellung der inneren Unmöglichkeit des Bolschewismus beizumessen. Jeder politisch Interessierte, namentlich jeder Arbeiter, sollte die kleine Schrift, die auch einen kurzen Auszug aus der Verfassung der russischen Sowjetrepublik gibt, lesen. Die Schrift von Parvus ist durch den Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, Lindenstr. 114, zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lowigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Landesvorstand. Eutin, den 4. Februar 1919.

Die Ausfuhr von Ferkeln ist bei gesetzlichen Strafen strengstens verboten.

Landesvorstand. A.- und S.-Rat.
(864) Mahlstadt. Cl. Gros. Peters.

:: Komitee- und Komissionssitzungen ::

14. Distrikt.
(Landdistrikt).

Versammlung der tätigen Genossen
am Sonnabend, d. 8. Februar abends 8 Uhr (8887
im „Gewerkschaftshaus"
J. H. Radden, Distriktsführer.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am Dienstag unser lieber kleiner
Otto. (887
Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern
Familie Wittler.
Rüdnitz-Dersenwyk 77.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 2¼ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nach längerem schweren Leiden entschlief Mittwoch früh 8 Uhr sanft und ruhig in seinem 19. Lebensjahre unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Heinr. Becherer
In tiefer Trauer
Carl Becherer
nebst Frau u. Fam.
Lübeck, Gr. Altefähre 31
Bestattung Dienstag. Beginn der Trauerfeier 2½ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (8881

Danksagung. 8882

Für die uns bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Luise Rubien
sagen unsern herzlichsten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen

Lehrling oder Lehrmädchen gesucht. (8874
L. Duve, Gr. Burgstraße 32
Manufaktur und Aussteuer.

Zu verkaufen eine einschlafende Bettstelle mit Seegrasmatratze.
8886) Kraweinr. 15, I.

Zu verkaufen **ein Kellneranzug,** oder als Konfirmandenanzug geeignet, und **ein Paletot** für kleine Figur.
8878) Kleine Querstraße 10.

Ein Kinderwagen zu verkaufen.
8875) Rosengarten 8/9.

20 Ruten Gartenland
zu pachten gesucht. Ang. unter **W 5** an d. Exp. d. Bl. (8866

Hausierer(innen)
für leicht verkäufliches und in jedem Haushalte unentbehrliches lohnendes Artikel gesucht. (8862
Hans Barth,
Bayreuth 1. Schließfach 1.

Gefärbte Militär-Garderoben
werden zu Konfirmations-Anzügen, Ulstern 2c. umgearbeitet — Billigste Preise — Bestellungen bitte rechtzeitig machen zu wollen. (8884
Franz Dahl
Schneidermeister.
Dornestr. 8, Eing. Wilhelmstr.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8858
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca

Bilderleisten einrahmungen 8883
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808

Achtung!
Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Lübeck.

Die Beitragskassierung findet jeden ersten Dienstag und Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei G. Ehlers, Hüxstr. 110, statt
8879) **Die Ortsverwaltung**

HOLSTENHAUS
G. m. b. H. LÜBECK.

2 sehr vorteilhafte Sonder-Angebote.

PREISWERTE PAPIER-WAREN

Butterbrot-Papier . . .	Rolle	55 ₰
Toilette-Papier	Rolle	40 ₰
Schrank-Papier . .	10 Meter	1.50
Küchen-Spitze . . .	10 Meter	35 ₰
Krepp-Servietten	100 Stück	2.25
Tisch-Läufer	ca. 2½ Mtr. Stück	48 ₰
Krepp-Tischtücher	100cm br. m	85 ₰
Tischtücher .	150×120, Stück	1.55
Krepp-Papier	Rolle	25 ₰
Ia. Wasser-Krepp . . .	Rolle	1.15

50 Briefbogen und 50 Umschläge . zusammen **1.95**
Briefpapier . . Oktavblock **1.25**
Briefpapier . . Quartblock **2.65**
Geschäftsumschläge 100 St. **2.65**
Karten-Briefe . . Block **95 ₰**
Notiz-Blocks . **35 ₰ 25 ₰ 15 ₰**
5 Briefbogen und Umschläge in Mappen
63 ₰ 45 ₰ 38 ₰ 25 ₰

Feines Briefpapier mit Umschlägen
verpackt in Kassetten oder Mappen **4.50 3.25 2.25 1.75 1.25**

PREISWERTE TOILETTE-ARTIKEL

Veilchen-Haarwasser fein parfümiert	Flasche	3.95
Bay-Rum gut schäumend	Flasche	2.95
Schuppen-Pomade F. Wolff & Sohn .	Glas-Dose	3.00
Ia. Brillantine „Cowa" zur Haar- u. Bartpflege	Tube	95 ₰
Frisier-Creme zur Befestigung d. Frisur	Tube	60 ₰
Toil.-Rindermark-Pomade z. Beförderung d. Haarwuchses		1.75
Klettenwurzel-Oel verhindert Kopfschuppen	Fl.	1.95
Feinstes Haarölt mit Blumenduft	Flasche	1.50

Rasier-Creme Mein Liebling	Tube	1.75
Rasier-Creme Trixo	Große Glasdose	4.50
Ia. Rasierklingen	½ Dtzd.	1.50
Rasiermesser Ia. Bessemer Stahl		2.50
Schnurrbart-Klammern Doppelt	Paar	35 ₰
Schnurrbart-Binde Jupiter, extra breit		98 ₰
Weisse Hautcreme Clion .... gr. Porzellandose		1.95
Honig-Glyzerin-Gelee Kosmeta	Tube 50	35 ₰

Ein Posten
Frisier-Kämme Hartgummi . durchweg **6.95**
Haarbürsten weiß u. schwarz Borste. . . . durchwe **3.75**

Ein Posten
Maschinenöl Flasche 1.10 85 ₰ **50 ₰**
Schwed. Zündhölzer Paket **98 ₰**

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.

Verbraucher

die die zur Verteilung kommenden Waren durch uns zu beziehen wünschen, bitten wir, ihre

neuen Lebensmittelkartenhefte

bis zum Montag, dem 10. Februar in einer unserer Warenabgabestelle anzumelden.

Die Mitgliedschaft

erwirbt man durch Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pfg. Der außerdem zu leistende Geschäftsanteil beträgt Mk. 50.—, kann aber in beliebigen Raten von 50 Pfg. einbezahlt werden.

Die Aufnahme neuer Mitglieder

erfolgt in allen unseren Warenabgabestellen. 8885

Der Vorstand.

Achtung, Musiker!

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 5. Februar teilen wir den Lokalinhabern und Musikern mit, daß bis zur endgültigen Regelung der Nachweisfrage, im **Gewerkschaftshaus,** eine provisorische **Börse** errichtet ist. Dieselbe ist **Dienstags, Donnerstags und Sonnabends,** nachmittags von 2—4 Uhr, geöffnet.

Wer im lübeckischen Staatsgebiet gewerblich musizieren will, muß einen Ausweis bei sich führen. Dieser wird in der Börse ausgegeben.

Dilettanten und Beamte erhalten einen Ausweis nur dann, nachdem allen Berufsmusikern Beschäftigung nachgewiesen werden kann.

Erster Börsentag ist ausnahmsweise Freitag, den 7. ds. Mts.

Allg. Deutsch. Musikerverb. Zentr.-Verb. d. Zivilmusiker.
Lokalorten Lübeck. Ortsverw. Lübeck. (8880

Gemüsesamen
empfiehlt **Schelm & Wege,**
-856) Mengstr. 10.

Altes Gold u. Silber
wird gekauft. (8857
Joh. Tollgreve, Goldschmied,
92. Königstr. 92.

Schiffszimmerer!
Mitglieder-Versammlg.
am Sonnabend, 8. Februar
abends 7 Uhr (8865
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50-52.
Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.

Tagesordnung für die Stadtratssitzung am 6. Februar 1919, abends 7¼ Uhr im Amtsgerichtsschöffengerichtssaal.
1. Voranschläge 1919.
2. Verkauf der Parzellen 148, 148 Rensefeld.
3. Bewilligung einer Nachtlaterne auf Tremskamp.
4. Bericht über Lehrer-Teuerungszulagen.
5. Regelung der Teuerungszulagen der Gemeindebeamten und Angestellten.
6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende des Stadtrats.
Dr. Klaus. (8871

Touristen-Verein „Die Naturfreunde".

Der Bürgerschaftswahl halber findet unsere Versammlung erst am **Sonnabend, dem 15. Februar 1919** statt.
872) **Der Vorstand.**

Hansa-Halle.
Heute Donnerstag:
Großer Kavalierball.
Anfang 6 Uhr. (8877

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"
Ortsgruppe Schönböcken.
Einladung zum
Kappenfest
am Sonntag, 9. Februar
im Lokale „Steinader Baum".
Anfang 6 Uhr. (8868
Das Festkomitee.

Marmorsaal.
Auf vielfachen Wunsch zum neunten Male.
Freitag, den 7 Februar, 8 Uhr
Bunter Ernst-Albert-Abend
mit allen lokalen und zeitgemäßen Schlagern.
Vorverkauf: Musikalienhdlg. **Ernst Robert,** Breite Str. 29
3.—, 2.—, 1.— M. (8852

Hansa-Theater.
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Das
Dreimäderlhaus
Singspiel in 3 Akten.
Musik von Franz Schubert.
8864

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
8869

Donnerstag, den 6. Februar für die Schauspielgemeinde. Gelbe Karten. Anfang 6 Uhr.
Demetrius.

Freitag, den 7. Februar:
Ein Maskenball.

Sonnabend, den 8. Februar:
Zar und Zimmermann.

Sonntag, den 9. Februar: Vormittags 11 Uhr
Der Tod des Tizian.
Der Tor und der Tod.
Abends 7 Uhr:
Ein Maskenball.

Voranzeige vom 7. bis 13. Februar.

Nur im Biophon
gelangt
das grosse soziale Filmwerk

in 6 Akten.

mit Gunnar Tolnaes und Lilly Jacobsen zur Vorführung.

Für die Vereinigung der sozialistischen Gruppen gegen den Bolschewismus. 8881

Nr. 31
6. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag
den 6. Februar 1919

Internationaler Sozialistenkongreß.

Bern, 3. Februar 1919.

Die Konferenz begann am Montag um 2 Uhr im großen Volkshaussaale. Vertreten waren 21 Nationen durch 80 Delegierte. Die Schweizer und Belgier bleiben unvertreten. Dagegen sind die Schweizer Grütlianer vertreten. Schweizer Jungsozialisten versuchen in den Saal einzudringen, um die Grütlianer herauszuholen. Der Angriff wird abgewehrt. Die Presse aller Länder ist stark vertreten, dagegen sind Zuhörer auf die Tribünen nicht zugelassen worden. Aus Italien ist bisher Cassalius eingetroffen. Zu Präsidenten werden gewählt: Branting, Wibaut, Justo (Argentinien), Seitz für die Zentralmächte, Henderson für die Ententemächte.

Henderson eröffnet die Konferenz unter Hinweis auf die Londoner Konferenz, die eine internationale Sozialistenkonferenz verlangt habe, sobald die Friedenskonferenz tage. Zuerst sei Lausanne gewählt worden, aber die Schweizer Regierung wollte weder Lausanne noch Genf als Konferenzorte zulassen und daher sei Bern gewählt worden. Die Stockholmer Konferenz erwähnt Henderson mit keinem Wort.

Huysmans teilt mit, daß Delegationen aus Polen, Luxemburg, Amerika, Kroatien, Serbien, Spanien und Japan angemeldet seien. Gustav Müller, der gestern das Präsidium der Schweizer Parteileitung wegen des Beschlusses der Nichtteilnahme an dieser Konferenz niedergelegt hat, begrüßt in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident von Bern amtlich in einem Schreiben herzlich die Konferenz.

Branting weist auf die Entstehung des Weltkrieges hin, dessen erstes Opfer sofort die Internationale wurde. Als er den Tod von Jaures erwähnt, erhebt sich die Konferenz zu Ehren des großen Toten. Branting sieht den Konflikt des Weltkrieges noch ganz durch die ententistische Brille: Die Regierungen der Zentralmächte tragen alle Schuld, die Regierungen der westlichen Demokratien haben alles getan, um den Krieg zu vermeiden. Das Verbrechen des Imperialismus der Zentralmächte sei sonnenklar erwiesen; von Rußland und dem Zaren fällt kein Wort. Um eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, fordert er klare und eindeutige Erklärungen über die Verantwortlichkeit am Kriege. Nach Sedan seien Bebel und Wilhelm Liebknecht gegen den beabsichtigten Gewaltfrieden aufgetreten. Jetzt sei die Reihe an den Ententesozialisten, um das gleiche zu tun, damit die neuen Republiken anständige Friedensbedingungen bekämen. Die Ententeregierungen hätten immer behauptet, nicht gegen die Völker zu kämpfen, sondern nur gegen die feindlichen Regierungen. Es sei unfair, wenn jetzt anders gehandelt würde. Branting wies dabei auf die Absicht hin, die deutschen Gefangenen Zwangsarbeit verrichten zu lassen. Die Konferenz müsse Wilsons Bemühungen unterstützen, der statt des Rechtes des Stärkeren das gleiche Recht aller wünsche und proklamiere. Die Arbeiterklasse müsse alle ihre Kraft für einen Rechtsfrieden einsetzen. Kriegerische Konflikte müßten für alle Zeiten aus der Welt geschafft werden durch internationale Zwangsmaßnahmen gegen Friedensbrecher, jeder Militarismus habe zu verschwinden. Zu den wichtigsten Konferenzarbeiten gehöre die Beschlußfassung über die magna charta der Arbeiter, die in das Versailler Friedenswerk aufgenommen werden solle. Wir leben in einer Zeit großer Umwälzungen. Die alte Zeit kehre nimmer zurück. Der Sozialismus ist eine Macht geworden. Branting wendet sich dann gegen die Terroristen, die das Wort von Marx über die Diktatur des Proletariats mißbrauchten. Wir vertreten dagegen die Anschauung, wie sie Marx gegen den Anarchisten Bakunin, Bebel gegen Most zum Ausdruck gebracht hat. Zum Schluß meint Branting, daß diese Konferenz nur der Verläufer eines größeren Kongresses sein könne, der gut vorbereitet und bald stattfinden müsse, und der die Reorganisation der Arbeiterinternationale bringen müsse, der aber heute schon nicht wie in Paris nur die Vertreter von den fünf Großmächten versammeln, sondern die Vertreter aller eingeladenen neutralen und kriegführenden Staaten umfassen müsse. Er hofft, daß die Konferenz ein gutes Werk leisten werde.

Huysman schlägt vor, am Montag und Dienstag über den Völkerbund zu verhandeln und die allgemeine politische Debatte durchzuführen. Am Mittwoch und Donnerstag sollen die Territorialfragen, am Freitag die Frage des internationalen Arbeiterschutzes, am Sonnabend die weiteren kleineren Fragen behandelt werden.

Albert Thomas meldet sich zum Wort, um über die Einteilung der Tagesordnung zu sprechen, und hält dabei eine große politische Rede. Er wirft der deutschen Mehrheit all das vor, was die Ententepresse seit vier Jahren ihr vorwirft, daß sie für die Landesverteidigung eingetreten sei. Auch er erwähnt Rußlands Mobilmachung und die Tatsache, daß Frankreich sich mit dem Zarismus verbündet habe, mit keinem Wort, stützt sich dagegen auf die Resolution des internationalen Stuttgarter Sozialistenkongresses, um das Eintreten der französischen Sozialisten für die Landesverteidigung nach der Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie zu erklären. Er fragt an, ob die deutschen Sozialisten Wilsons 14 Punkte auch nur unter dem Zwange der französischen Waffensiege angenommen hätten, warum die deutsche Mehrheit nicht stärker gegen den Brester Frieden protestiert habe, und nennt die **deutschen Sozialisten Komplizen des deutschen Imperialismus.** Er bringt den Antrag ein, die Schuldfrage und die Frage der russischen Bolschewik auf die Tagesordnung zu setzen, **verlangt Brandmarkung der deutschen Mehrheit** als mitschuldig am Imperialismus und fordert hierüber Klarheit, bevor über die andern Punkte in die Verhandlung eingetreten werde. — Thomas Rede macht den Eindruck, als ob er die Konferenz sprengen wolle, findet aber nur geringen Beifall. Nach Thomas Rede vertagt sich die Konferenz auf 8 Uhr abends.

*

Bern, den 3. Februar.

In der um acht Uhr wieder eröffneten Sitzung wurde auf Vorschlag Brantings sofort die Geschäftsordnungsdebatte über die Einteilung der Tagesordnung abgebrochen und in die Debatte über die Frage der Verantwortlichkeiten eingetreten, sonst hätten sich die Debatten auch nur wiederholt. — Als erster erhält Mistral von der französischen Minderheit das Wort, die mit Thomas' Auffassung nicht einverstanden ist. Daß die französische Delegation Mistral vorschickt, ehe noch ein Deutscher gesprochen hat, macht auf alle, die der Konferenz einen Erfolg wünschen, den besten Eindruck. Mistral wollte eigentlich nur zur Tagesordnung sprechen: „Die französische Mehrheit will auch die weiter zurückliegenden Verantwortlichkeiten diskutieren, auch über die näherliegenden der Parteien und einzelner Verantwortlichkeiten. Das darf aber nicht einziger Gegenstand der Verhandlungen sein. Wir müssen auf die Gestaltung des Friedens Einfluß gewinnen." In bezug auf die russische Revolution will Mistral nicht gewisse Methoden mißbilligen, indem er an das Chaos der eigenen Revolution Frankreichs erinnert. Mistral grüßt die russische, die deutsche und österreichische Revolution. Seine Rede wird von der Mehrheit der französischen Delegation lebhaft beklatscht.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Forum der Berner internationalen Sozialistenkonferenz.

Wels von der deutschen Mehrheit führt aus: „Die deutsche Mehrheitssozialdemokratie hat seit langer Zeit freudig den Tag erwartet, wo die Internationale wieder zusammenkommen kann." Er überbringt die Grüße des deutschen Proletariats. Schon in Stockholm wurde zwar die Erörterung der Schuldfrage nicht für nützlich gehalten, aber wir brauchen sie nicht zu scheuen, besonders was das Verhalten der deutschen Mehrheitssozialdemokratie anbetrifft. Thomas fordert zwar die Wiederaufrichtung der Internationale, will aber die deutsche Mehrheit brandmarken und ausschließen. Der Wiederaufbau der Internationale ist nur möglich, wenn die deutsche Sozialdemokratie ihr angehört, die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Wenn man genau die Schuldfrage betrachtet, dann sind **nur die Imperialisten** als schuldig anzusehen. An den Schuldigen soll das Gericht vollzogen werden. — In Deutschland sind 20 Dynastien gestürzt worden. In Deutschland sitzen aber nicht die Sozialisten in den Ministerien, wie in den Ententeländern. Heute soll zu Gericht gesessen werden, aber große Teile der Arbeiterklasse sind hier nicht vertreten. Wenn die Schweizer hier wären, dann könnte Thomas hören, daß die Scheidemänner aus allen Ländern auf den Scheiterhaufen gehörten, der Scheidemann verbrennen sollte. Auch Thomas würde dann den Feuertod erleiden. Thomas habe die Frage gestellt: Seid Ihr noch dieselben, können wir auf Euch vertrauen? Wir sind die alten geblieben, aber wir kommen nicht her, als ganz die alten. Wir kommen als die Vertreter der deutschen Republik. Wir haben in Deutschland die Forderung der Maifeier, den Achtstundentag gesetzlich durchgesetzt. Wir haben das Frauenwahlrecht durchgesetzt, getreu unserem Programm. Wir sind die alten geblieben. — Am 4. August standen wir zum Lande, wir haben immer wieder den Frieden der Verständigung verlangt. Heute mittag wurde nicht ein Wort über Rußlands Schuld am Kriege gesprochen. Das hat mich schmerzlich berührt. Rußland war eine Gefahr für die europäische Zivilisation. Deutschland kämpfte um seine Existenz. Genosse Plechanow rief einst den Franzosen zu, daß die französische Bourgeoisie an Rußland Henkergeld bezahle. Ist es da ein Wunder, daß auf uns die russische Gefahr wirkte? Die deutsche Politik der früheren Regierung zu verteidigen ist nicht unsere Aufgabe. Gegen das Ultimatum an Serbien haben wir in stärkster Weise gewirkt und für eine Lokalisierung des Konfliktes gearbeitet. Gegen unsere eigenen Chauvinisten zogen die Berliner Arbeiter unter die Linden. Als sie sich zu schwach erwiesen, mußten wir dann Stellung nehmen zu der Tatsache des Krieges. Wären wir nicht marschiert, dann wäre die deutsche Arbeiterklasse allein zum Opfer des Weltkrieges geworden. So wäre die russische Dampfwalze nicht aufzuhalten gewesen. Wels erinnert an Sembats Buch „Vor dem Kriege" und an Cachins Artikel über Jaures Tod. Jaures sprach damals vom Vasallentum Frankreichs gegenüber Rußland. Was eine Invasion für Deutschland bedeutet, zeigte dann der russische Einfall in Ostpreußen. Die Methoden der preußischen Kriegführung haben wir niemals gebilligt. (Zuruf: [illegible]) Die Richtigkeit der Politik der Mehrheitssozialdemokratie wird dadurch bewiesen, daß sie die Kräfte richtig eingeschätzt hat. In Deutschland haben nur zwei Gruppen an den Gewaltfrieg geglaubt, die Alldeutschen und die Unabhängigen, die die übrigen Völker vor einem Siege Preußen bewahren wollten. Das Kriegsende hat unserer Auffassung leider recht gegeben. Wir haben in dem Kriege immer einen Kampf um die Existenz gesehen für unser ganzes deutsches Volk. Wir wollten nicht schuld sein an Deutschlands Niederlage. Was unsern Einmarsch in Belgien betrifft, so hat im Anfange des Krieges unsere Regierung von vornherein zugegeben, daß es sich dabei um einen Völkerrechtsbruch handelte. Später sollte das beschönigt werden, aber es muß glatt herausgesagt werden, daß es ein Völkerrechtsbruch war. Wir haben die Kampfweise des Militarismus niemals gebilligt, weder den belgischen Einfall, noch die Bombenwürfe auf London. Aber wie sieht es denn auf der andern Seite aus? Ein Blick in die deutschen Städte und Dörfer zeigt, wie der englische Aushungerungskrieg bei uns gewirkt hat. Die unterernährten Frauen, die elenden bleichen Kinder und Greise wurden bei uns zu Opfern der Blockade. Das hat uns in unserem Kampfe gestärkt. Die Unabhängigen haben nie Deutschland allein die Schuld am Kriege gegeben. Sie haben die Schuld verteilt und nie von der Unschuld Rußlands gesprochen. Der Schuldanteil Deutschlands soll festgestellt werden. Dazu ist Kautsky von der Regierung berufen worden, und das beweist unsern heiligen Ernst in dieser Sache. Alle Archive müssen geöffnet werden. Ebenso schuldig wie die Kriegstreiber vor dem Kriege, sind auch die Kriegsverlängerer; so auch die Ententestaaten, die mit dem zaristischen Rußland Verträge über die [illegible] und westliche deutsche Grenze getroffen haben. Thomas ging damals nach Rußland und peitschte die Kriegsleidenschaft auf. Das war vor Brussilows Offensive. Ihr Zusammenbruch war der Vorläufer des Bolschewismus. Thomas frug uns: Wo blieb Euer Protest gegen den Frieden von Brest-Litowsk? Wir fragen dagegen: Wo blieb denn die französische Regierung in Brest-Litowsk? Um das Eintreffen einer französischen Delegation zu ermöglichen, wurden die Friedensverhandlungen extra um 8 Tage vertagt. Sie aber ließ die Sowjetregierung allein, und so wurde der Brester Vertrag erst möglich. Wo bleibt der französische Sozialismus? Jetzt, wo uns die härtesten Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden, wo uns die Lokomotiven und landwirtschaftlichen Maschinen genommen werden?

Wir deutschen Sozialdemokraten haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, uns mit den Freunden auf der Gegenseite zu treffen. Nehmt als Bekenntnis entgegen: In der deutschen Arbeiterklasse herrscht kein Haß gegen Frankreich. Wir sind aufeinander angewiesen. Wir sehen die Trauer in den Häusern der Gefallenen in allen Ländern. Kommt ein Gewaltfrieden, dann verliert das deutsche Volk den Glauben an die Sozialdemokratie, dann kommen die alten Mächte wieder zu Kräften. Dem Vorschub zu leisten, das darf von Bern aus nicht geschehen. Für uns werden unsere Taten sprechen. Wir werden weiter die Gesellschaft mit Sozialismus erfüllen. Wir werden unserer sozialistischen Republik das schöne Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" früh bis spät verkünden. Der Rede folgte bei einem Teile des Kongresses lebhafter Beifall. Sie wird von Jean Sigg (Genf) ins Französische, von Roden Burton ins Englische übersetzt.

Renaudel erinnert an Hermann Müllers Debut in Paris, wo er seinerzeit lebhaft die Thesen von Thomas verteidigt hat: „Die internationale Konferenz hat zu wählen zwischen der deutschen Minderheit und uns, nicht zwischen der deutschen Mehrheit und uns." Renaudel bedauert, daß Scheidemann nicht da ist, und nur Genossen gekommen sind, die weniger verantwortlich sind. Er will eine Erklärung für das Votum der deutschen Mehrheitsfraktion erhalten, das so stark im Gegensatz zu den Erklärungen von Müller in Paris stand. Renaudel appelliert an die französische Delegation, die stets die Kriegskredite bewilligt und die Verantwortlichkeit Deutschlands anerkannt habe. Erinnert an Liebknechts Tod, der zuerst die Politik der Mehrheit bekämpft habe. Seitz habe gesagt, daß die Schuldfrage ein Problem für Geschichtsforscher sei. Das sei eine Täuschung. Um in Frankreich und der ganzen Welt den Kampf gegen den Imperialismus füh-

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„So, Sie meinen?" Die Exzellenz schien halb derselben, halb aber auch anderer Ansicht zu sein und sah ziemlich hilflosen Blicks seine rechte Hand, das heißt: wörtlich zu nehmen, nicht diese, sondern den Geheimen Regierungsrat an.

Herr Ackermann, ein strenger Jurist und nach eigenem Urteil als solcher natürlich in allen Fragen der Welt zuständig, fühlte sich zunächst zu einem Widerspruch veranlaßt.

Wozu, dachte er, wäre die Rechtswissenschaft da, wenn sie zu allem ja sagte. Sie muß widersprechen, kritteln, nörgeln, muß gar aus schwarz weiß machen können, sonst wäre sie für die Katz'. Seine Opposition also zunächst schon aus Grundsatz und — zu Ehren des Berufs.

Außerdem war es dem Geheimrat, ebenso wie allen Mitgliedern des Hoftheaters — außer Exzellenz natürlich — nicht verborgen geblieben, daß der junge, musikalisch draufgängerische Nohaschek schon bald nach seinem Dienstantritt dem festeingesessenen Generalmusikdirektor in dessen beliebtem Schlendrian etwas unsanft auf die Hacken getreten war. Zweifellos also, daß rein persönliche Gesichtspunkte auch mitsprachen, um Herrn Christofani für die Entfernung des ihm unbequemen, modernen jungen Kollegen …ern zu lassen.

„Dieser Herr Nohaschek, der übrigens heut früh Urlaub auf zwei Tage erbat, hat sich aber doch, Herr Generalmusikdirektor, als nicht untüchtig erwiesen," wendete der Geheimrat nach kurzer Pause gegen den Vorschlag des Operndirektors ein. „Seine Neueinstudierung älterer Werke, dann auch die Straußschen Sachen — es hatte Hand und Fuß. Er hat sich sowohl bei der Presse wie beim Publikum Respekt verschafft."

„So Sie meinen?" Exzellenz schien wieder in seiner Ansicht geteilt. Jetzt guckte er fast ängstlich auf den Generalmusikdirektor, was der wohl sagen werde.

„Gehört aber zu den aufsässigen Naturen," erklärte Herr Christofani, „die an allem Bestehenden rütteln, was wir doch, denke ich, hier bei uns am Hoftheater nicht einreißen lassen wollen."

„Ganz entschieden nicht, ganz entschieden nicht!" Bei dieser Verwahrung zeigte die Exzellenz erstmalig eine förmliche Energie. Der frühere Gardekavallerist und eingefleischte Junker regten sich in ihm und gaben seiner morschen Hülle einen Impuls, als wolle sie in die Luft gehen.

„Ob ein eventueller Ersatz auch dann gleich so einschlagen würde, wie es uns vonnöten ist?" zweifelte Herr Ackermann.

„Das, verehrter Herr Geheimrat lassen Sie nur meine Sorge sein."

„Erste Kräfte werden sich schwer für eine zweite Stellung finden."

„Ich bitte Sie, an einer Bühne vom Range der unsrigen — zu Dutzenden!"

„So, Sie meinen?" nickten jetzt wohlbefriedigt Exzellenz. Das Ansehen, in dem sein Theater traditionell stand, rechnete er selbstverständlich sich allein zum Ruhm.

„Eine Kraft für uns hätte ich sogar bereits in petto — eine Neuyorker Größe, ausgezeichnet bewährt — Kapellmeister Schumacher, der zufällig hier ist Gleich übermorgen könnte er an Nohascheks Statt, der sich also sowieso für zwei Tage beurlaubte, den Holländer als Gast auf Engagement dirigieren. Er macht's mit einer Probe."

„So, Sie meinen?"

„Zweifellos. Ich werde, wenn es Exzellenz genehm ist, den Herrn auf sechseinhalb Uhr heute abend herbestellen. Wir können ja dann weiter sehen."

Ein Einwand des Geheimrats Ackermann erfolgte nicht mehr. Er fühlte sich geschlagen und schwieg. Was lag ihm auch an Herrn Nohaschek? Sich seinetwegen weiter zu ereifern, gab es keinen Grund. Mochte unten mit dem Stock herumfuchteln, wer da wollte.

„Und wegen des Herrn Czadek, Exzellenz?" fragte er, um noch einmal zum Wort zu gelangen. „Wieder kam heute ein Brief gravierenden Inhalts. Wir dürfen in der Sache nicht länger schweigen, sonst gibt's Aergernis."

„So, Sie meinen? Sehr fatal. Ich weiß nicht, was man gegen Czadek hat. Mir ist er als höchst angenehm bekannt."

„Jawohl, Exzellenz. Hier handelt es sich um Uebergriffe gegen Untergebene, die der Inkulpat auch niemals wagen würde, —"

„Etwa mir gegenüber?" eiferte empört Baron v. Plerrer-Yoetot.

„Nicht doch, Exzellenz."

„Ich muß sehr bitten!"

„—vor Ihren Augen zu begehen." Herr Ackermann verneigte sich.

„— So, so —, das wollten Sie sagen."

„Nichts anderes. Es scheint doch mehr und mehr, Exzellenz, daß Herr Czadek in der Tat zu Gewalttätigkeiten neigt."

„So, Sie meinen? Ich glaube es nicht. Im Gegenteil, er ist um seine Leute besorgt, wie vorher kein anderer Ballettmeister. Erst dieser Tage war er hier und plädierte, Fräulein Basson müsse Zulage haben."

„So, so, die Basson?" Der Geheimrat konnte sich eines Zuckens um die Mundwinkel nicht erwehren.

„Ja, das Mädchen habe eine starke Familie."

„Der Teufel!"

„Sie könne oft vor Sorgen nicht tanzen."

Auch die Herren Christofani und Oberregisseur Jungmayr schienen dicht am Lachen. Sie unterdrückten es aber und — Exzellenz bemerkten nichts.

„Und dann seine glänzenden Erfolge!" verbreitete sich der Bühnenhäuptling weiter. „Alles, was er leitet, arrangiert, das klappt. Die Damen stehen stramm — man weiß nicht, hat man Grenadiere vor sich oder Künstlerinnen."

„Schon recht, Exzellenz. Trotzdem empfehle ich, der Sache jetzt mal auf den Grund zu gehen, das heißt, Herrn Czadek zu verwarnen, ehe es zu spät ist. Der eingelaufenen Beschwerden sind ein Dutzend — das genügt. Ein Körnchen Wahrheit ist zum wenigsten dabei."

„So, Sie meinen?"

„Ja. Ich sagte auch Exzellenz von jeder Klage pünktlich und sprach dafür, auf Remedur bedacht zu sein."

„Möchten nicht Exzellenz, bitte, den Herrn Ballettmeister zu unserer nächsten Konferenz auch laden?" äußerte in die Beratung kühn eingreifend jetzt auch Herr Jungmayr.

„So, Sie meinen ebenfalls?"

„Ja, man munkelt gar zu viel. Auch ich hatte mir vorgenommen, Exzellenz' Augenmerk heute pflichtschuldigst auf diese peinliche Sache zu lenken."

„Genau wie ich," folgte prompt der Generalmusikdirektor dem Beispiel seines Kollegen vom Schauspiel. „Denken Exzellenz, wenn gar die Presse sich der Sache bemächtigte! Es gäbe einen Skandal, nicht auszudenken."

„Einen richtigen Theaterskandal, wie die Opposition ihn sich wünscht," bestätigte der Geheimrat mit unheilverkündendem Stimmklang.

„Das darf nicht sein, das darf nicht sein," eiferte auch gegen diese etwa aufsteigende Gefahr jetzt der Intendant. Passieren mochte unter seiner Leitung, was da wollte, nur erfahren durfte es keiner, am wenigsten die elende Presse, eine Institution, die der Satan geschaffen hat, um alle Chefs der Welt unter die Erde oder ins Krematorium zu ärgern.

„Wir werden also Herrn Czadek alsbald zitieren," verkündete er seinen Entschluß. „Es sollte mir leid tun um den Armen — ein wirklich angenehmer Mensch, aber — — Herr Oberregisseur, haben Sie noch etwas?" fragte er diesen, der aufgestanden war, und dadurch eine deutlich bemerkbare Ungeduld bei seiner Kollegenschaft hervorrief.

Fortsetzung folgt.

ren zu können, muß vorher die Frage der Verantwortlichkeit geklärt sein. Dann erst ist ein Erfolg der Konferenz gesichert.

Es folgt dann Vertagung bis Dienstag. Die Gewerkschaftskonferenz berät am Mittwoch über das internationale Arbeiterschutzprogramm. Die spätere Konferenz soll zum Gewerkschaftskongreß Stellung nehmen

Kautskys Aktionsprogramm.

IV.

Die Landwirtschaft.

Auf diese Weise ist ein Produktionszweig nach dem andern zu sozialisieren und sind die verschiedenen Produktionszweige immer mehr in systematischen Zusammenhang miteinander zu bringen.

Nicht ganz so wie in der Industrie kann man in der Landwirtschaft verfahren. Es wäre nicht zweckmäßig, das bäuerliche Grundeigentum zu enteignen. Es genügt einstweilen, daß der Staat sich bei der Besitzveränderung von Grund und Boden das Vorkaufsrecht wahrt, um mehr und mehr allen Grundbesitz in seine Hände zu bekommen.

Die Wälder könnten, wie schon gesagt, ohne weiteres in staatlichen Betrieb übernommen werden. Auch die Uebernahme der Latifundien und ihre Bewirtschaftung nach den oben für die Industrie aufgestellten Regeln würde keine großen Schwierigkeiten verursachen.

Ebensowenig die Syndizierung der übrigen ländlichen Großbetriebe. Von den Erfahrungen auf den Latifundien müßten dann Tempo und Art der weiteren Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe abhängen.

Die Zerschlagung der Großbetriebe in Zwergbetriebe wäre ein Rückschritt und würde gar nichts nützen, da kein Drang aus der Stadt ins Land besteht, sondern umgekehrt die Landwirtschaft im Kleinbetrieb wie im Großbetrieb an Menschen Mangel leidet.

Ersetzung der Menschenkraft durch die Maschine, nicht Rückkehr zu primitiven Arbeitsmethoden, ist für die Landwirtschaft dringend erforderlich. Dazu ist notwendig, daß der Staat den Dorfgemeinden landwirtschaftliche Maschinen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt und ihre kommunale Anwendung fördert.

Nicht minder unerläßlich aber ist es, die Kulturverhältnisse auf dem flachen Lande zu heben, um den Unterschied zwischen Stadt und Land und damit die Anziehungskraft der Stadt und die Verödung des flachen Landes zu mindern. Verbesserung der Schulen und der Einkommensverhältnisse der Schullehrer, Vermehrung der Aerzte, Verbesserung der Kommunikationsmittel, sowie Bau ausreichender selbständiger Wohnungen für die Landarbeiter — das sind Reformen, die sofort in Angriff zu nehmen sind.

V.

Kommunalisierung.

Die Verstaatlichung der Produktionszweige ist das wichtigste Mittel der Sozialisierung, jedoch nicht das einzige.

Sozialismus heißt demokratische Organisierung des ökonomischen Lebens.

Dies wird vorbereitet durch den Großbetrieb und die Organisation der Produzenten. In gleicher Richtung wirkt aber auch, obgleich nicht so machtvoll, die Organisation der Konsumenten. Ergreift jene immer mehr die Produktion der Produktionsmittel, so diese die Produktion vieler Konsummittel.

Als Organ der Sozialisierung der letzteren Art vermag die Konsumgenossenschaft dort zu wirken, wo sie große Massen Konsumenten umfaßt. Noch bedeutsamer aber wird in dieser Beziehung die Stadtgemeinde werden, wenn sie den Charakter einer Konsumentenorganisation annimmt. Als solche kann sie entweder für sich allein oder in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften die Brotfabrikation sozialisieren, ebenso die Apotheken, sowie ferner die Versorgung der Stadt mit Milch, mit Gemüsen usw. Sie kann einer der Faktoren der Sozialisierung der Landwirtschaft werden.

Daneben hat die Gemeinde (und ähnlich der Landkreis) die Aufgabe, für die Sozialisierung zu wirken durch die Besitznahme lokaler Monopole, z. B. Straßenbahnen.

Endlich fällt es der Gemeinde zu, die Herstellung der Wohnungen zu sozialisieren, gesunde und billige Wohnungen für die Massen herzustellen und zu verwalten. Es wird von lokalen Verhältnissen, namentlich der Reife und Organisation der Arbeiter, abhängen, auf welchem Wege sie dabei die besten Resultate erzielt, ob sie sich privater Bauunternehmer bedienen muß, denen sie ihre Bedingungen, namentlich in bezug auf die Arbeiterverhältnisse, auferlegt, ob sie in eigener Regie baut oder ob sie den Versuch macht, ihre Bauten nach ihren Plänen und unter ihrer Leitung durch die Organisationen der Bauarbeiter herstellen zu lassen.

Wenn die Gemeinde die städtischen Monopole an sich zieht, den Massen gesunde und billige Wohnungen schafft und billiges Brot, wenn sie ausreichende Schulen baut und den Kindern des Volkes in der Schule nicht bloß Belehrung, sondern auch Nahrung bietet, wenn sie endlich den Volksmassen Stätten der Versammlung, der Erholung, der Weiterbildung schafft, wird sie tatkräftig mitwirken an dem Prozeß der Sozialisierung.

Genossenschaftsbewegung.

Die Belieferung der Konsumvereine mit Waren und die Einschaltung ihrer Großeinkaufsgesellschaft in die behördliche Warenverteilung ist während des Krieges fortgesetzt Gegenstand von Beschwerden und Eingaben der leitenden Körperschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gewesen. In den Reichs- und Ortsbehörden hinderte vielfach das Bestreben, eine den Verbrauchern ungünstige Mittelstandspolitik zu treiben, die gerechte Behandlung der Verbraucherorganisationen. Namentlich aber schlugen alle Versuche fehl, die organisatorische Ungeheuerlichkeit zu beseitigen, die in der fast völligen Ausschaltung der erprobten und leistungsfähigen Großeinkaufszentrale der Konsumvereine lag. Darin ist nun nach langen Verhandlungen mit dem Reichsernährungsamte Wandel geschaffen. Es sind zunächst bezüglich der Behandlung der Konsumvereine durch die Kommunalverbände Richtlinien erlassen, in denen verfügt wird, daß 1. sämtliche Konsumvereine mit 200 000 Mk. Jahresumsatz bezüglich Belieferung und Preis als Großhändler zu behandeln sind, und daß 2. auf Verlangen den Konsumvereinen alle von ihnen vor und während des Krieges geführten und neu zur Verteilung gelangenden Gattungen von Verteilungswaren zu überweisen sind, und zwar richtet sich die Höhe der Zuteilung frühestens ab 15. März 1919 einheitlich für alle bewirtschafteten Warengattungen nach der Zahl der Mitglieder nebst ihren Angehörigen, für die der betreffende Verein spätestens erstmalig bis 15. März 1919 nachweist, daß sie bereit sind, die einzelnen Waren vom Verein zu entnehmen. Bezüglich der Großeinkaufsgesellschaften ist angeordnet, daß die Bezirkszentralen die Großeinkaufsgesellschaften bezw. deren für den Bezirk zu benennende Vertreter als Gesellschafter hinzuziehen müssen und daß das Bezugsscheinsystem nach dem Dortmunder Muster geführt wird. Das bedeutet, daß die Konsumvereine ihre Bezugsscheine der Großeinkaufsgesellschaft bezw. deren Vertretung einreichen, die sie wieder der betreffenden Bezirkszentrale zuführen. Diese beliefert nach Maßgabe der Bezugsscheine die Großeinkaufsgesellschaft, die die Waren dann den Vereinen zuteilt. Damit ist in der Hauptsache die Zurücksetzung der Konsumvereine beseitigt und der normale und gerechte Zustand wieder herbeigeführt. Sache der Verbraucher ist es nunmehr, ihre Rechte gebührend auszunutzen.

Aus Nah und Fern.

Zum Hungerstreik der Spartakisten erklärt die Tegeler Gefängnisdirektion, daß die Anklagen völlig aus der Luft gegriffen seien. In dem Gefängnis in Tegel befinden sich etwa 170 bis 180 Spartakisten, die als Untersuchungsgefangene sich für ihr eigenes Geld mit richterlicher Genehmigung Lebensmittel kaufen können. Hiervon hat noch keiner der ogen inhaftierten Spartakisten Gebrauch gemacht. Sie werden genau wie die übrigen Gefängnisinsassen verpflegt, erhalten sogar noch aus den Lebensmittelbeständen des Gefängnisses einen Zuschuß. Als Untersuchungsgefangene haben sie ihre eigene Kleidung, nur die Wäsche wurde ihnen geliefert, da sie weitere eigene Wäsche nicht bei sich hatten. Die Heizung, es handelt sich um Zentralheizung, beträgt durchschnittlich 16 bis 17 Grad Wärme. Die den Spartakisten abgenommenen Gelder und Papiere sind bei der Gefängniskasse deponiert und können die Untersuchungsgefangenen jederzeit mit richterlicher Genehmigung darüber verfügen. — Obwohl wir den Hungerstreik als einen Unsinn ansehen, erscheint uns die Aeußerung der Direktion doch sehr fragwürdig. Gibt es denn in Tegel Lebensmittel ohne Marken zu kaufen oder will der Gefängnisdirektor für die Spartakisten hamstern?

Raubzüge in Berlin. In der Potsdamer Straße drangen Verbrecher in die Räume des Teppichspezialhauses von Therese Lefevre ein und stahlen für 75 000 Mark Perser Teppiche und Gardinen. In Potsdam erbeuteten Einbrecher bei einem Geschäftsmann 36 900 Mark in 20 Tausendmarkscheinen und kleineren Geldscheinen, außerdem noch verschiedene Schmucksachen. Als Täter kommen ein Torpedobermaschinistenmaat Albrecht Ehrecht und dessen Geliebte, eine 22jährige Katharina Dittmar, in Betracht.

Der „Luftomnibus" Paris-London. Ein regelmäßiger Luftdienst soll in diesen Tagen anläßlich der Friedenskonferenz für den Kurierdienst und für die Beförderung von Passagieren eröffnet werden. Eine Anzahl Apparate mit Motoren von 300 PS. und einer Geschwindigkeit von über 160 Kilometer in der Stunde sollen für den Dienst der Delegierten, der Minister und der hohen Beamten zur Verfügung gestellt werden. Die Delegierten sollen so in der Lage sein, jederzeit von Paris nach London in etwas mehr als zwei Stunden und noch am selben Tage zurückzukehren. Die Flugzeuge können außer dem Führer zwei Passagiere tragen; die letzteren finden in einer Art geschlossener Salonkabine Platz, die elektrisch beleuchtet und geheizt ist. Ein Probeflug hat bereits stattgefunden. Außer diesem diplomatischen Flugdienst ist aber auch die Einführung eines „Luftomnibus" Paris-London geplant. Das Publikum muß sich freilich noch gedulden, ehe es davon Gebrauch machen kann; denn in London hat man verboten, andere als englische Passagiere zu landen. Bisher konnte daher nur ein Probefahren [illegible] Fahrgäste von dem Flugplatz in der Nähe von [illegible] stattfinden. Der Luftomnibus macht nach der Schilderung des Mitarbeiters eines Pariser Blattes, der den Flug mitgemacht hat, in seiner wohlabgerundeten Kabine etwa den Eindruck einer Luftyacht, an die man Flügel und Räder angesetzt hat. Die Kabine ist im Innern verhältnismäßig geräumig; um sich darin zu bewegen, braucht man nur leicht den Kopf zu senken. Eine Reihe leichter, aber solide festgemachter Korbstühle ladet zum Sitzen ein; zwar sind einige Klapptische angebracht. Die Fahrt, die weit über das Land hin geht, verläuft glatt, sodaß also wenigstens in technischer Beziehung der Eröffnung dieser modernsten Verkehrslinie kein Hindernis mehr im Wege zu stehen scheint.

Allerlei Wissenswertes.

Kunstholz aus Laub. Bisher wurden künstliche Holzblöcke aus Sägemehl, Sägespänen oder anderen Abfällen gewonnen. Es läßt sich aber auch, wie die „Umschau" mitteilt, nach einem Patent der Portolac-Holzmasse-Gesellschaft dürres Laub zu einer solchen künstlichen Holzmasse verarbeiten. Das zermahlene Laub wird in Wasser oder Lauge gekocht und mit einer als Bindemittel dienenden [illegible]lösung gemischt. Als Bindemittel können auch Leim, Wasserglas, Harz usw. benutzt werden. Dann setzt man die Masse einem Druck bis zu 350 Atmosphären aus und trocknet das so erhaltene Preßprodukt, das man dann noch einer warmen Nachpressung unterwirft. Will man gefärbte Gegenstände aus einer solchen Kunstmasse herstellen, so braucht man nur das Laubmehl oder auch die fertige Masse mit dem entsprechenden Ton zu färben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

Unzureichende Bezahlung wird den Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern im Landesausschuß Untertrave 104 zuteil. Da bekommt zum Beispiel eine geschulte Schreibkraft bei einer täglichen Arbeitszeit von morgens 8—1 und von 3—6 Uhr nachmittags pro Tag 5 Mk., hierzu kommt noch tägliche Kriegszulage von 75 Pfg., das macht für die Woche 34,50 Mk., im Monat 138 Mk. Alle Bürger und Steuerzahler Lübecks möchte ich fragen, ob dieses gerecht ist. Ist ein Familienvater mit 2—3 Kindern im Stande, mit solchem Wochenlohn seinen Lebensunterhalt zu fristen? Mancher Bürger wird sich sagen, warum arbeiten die Leute für solchen Lohn? Ja, weil sie müssen: wenn sie die Arbeit niederlegen, wird ihnen jegliche Unterstützung von seiten des Staates entzogen, und sie sind dem Elend preisgegeben. Alles hat durch Arbeitsniederlegung ihre Löhnung erhöht bekommen, aber der Staat hat für uns noch nichts unternommen. Um nicht auf unebene Wege zu geraten, müssen diese Leute schon mit ihrer Arbeit und Lohn vorläufig fürlieb nehmen. Soll das wirklich der Dank sein für uns Krieger, die wir über 4 Jahre Gut und Blut eingesetzt haben für das Vaterland, um nun, da alles so bitter teuer ist, uns noch den ehemaligen Friedenslohn zahlen zu lassen? Hoffentlich finden sich noch einige Mitbürger Lübecks, die sich mal für diesen Fall interessieren, damit der Staat bald eine bessere Bezahlung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten bewilligt.

Erich Müller.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 9. Febr. 1919

15-Pfg.-Fahrscheine	gültig für	2 Zonen
20 "	" "	3 "
25 "	" "	5 "
30 "	" "	7 "
35 "	" "	9 "
40 "	" "	11 "

Jede weiteren 2 Zonen kosten 5 Pfg. mehr.

Sämtliche Fahrscheine können nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen benutzt werden.

Die Beförderung von Gepäckstücken und Hunden kostet 15 Pfg. ohne Zonenbegrenzung.

Fahrscheine für Schüler.

Bündel zu 15 Stück kosten Mk. 1.50, gültig nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen, ohne Zonenbegrenzung.

Arbeiter-Wochenkarten.

Für Arbeiter bis zu einem Jahresverdienst von Mk. 2500.— bezw. einem Wochenverdienst von Mk. 50.—

für wochentägliche 2 mal. Fahrt Mk. 1.20
" " 4 mal. " " 1.80

gültig für einmaliges Umsteigen ohne Zonenbegrenzung.

Die Arbeiter-Wochenkarten gelten nur für die Strecken, für welche sie gelöst werden.

Monatskarten für Schwartau, Kücknitz und Schlutup.

für täglich zweimalige Fahrt Mk. 18.—
" " viermalige " " 30.—

Zur Beachtung!

Die noch vorhandenen Fahrscheine, Fahrscheinbündel, Wochen- und Monatskarten werden einstweilen weiter benutzt, doch ändern sich die Werte folgendermaßen:

15-Pfg.-Fahrscheine	gelten jetzt für	2 Zonen	statt für 3 Zonen
20 "	" " "	3 "	" " 5 "
25 "	" " "	5 "	" " 7 "
30 "	" " "	7 "	" " 9 "
35 "	" " "	9 "	" " 11 "

Sämtliche Fahrscheine können nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen benutzt werden.

Bei den Fahrscheinbündeln, Wochen- und Monatskarten wird der neue Preis durch Ueberdruck kenntlich gemacht.

Die bisherigen Fahrscheinbündel mit 10-Pfg.-Fahrscheinen werden im Verwaltungsbureau der Lübecker Straßenbahn, Roeckstraße Nr. 49a, gegen Fahrscheinbündel mit 15-Pfg.-Fahrscheinen umgetauscht.

Lübeck, im Februar 1919. (8856

Die Betriebsbehörde.
Abteilung Straßenbahnen.

Bekanntmachung
betr. den Verkauf von Kaninchenfellen.

Dem Landesversorgungsamt wird in nächster Zeit nochmals eine Anzahl Kaninchenfelle überwiesen werden, die je nach Größe und Güte zum Preise von Mk. 1.25, 1.50 und 1.75 an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Felle eignen sich besonders zum Füttern von Kleidungsstücken.

Personen, die Felle zu kaufen wünschen, haben dies bis spätestens **Mittwoch, den 12. Februar 1919**, bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Breitestr. 65, II, unter Angabe der Zahl der gewünschten Felle **schriftlich** anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn noch Felle übrig bleiben.

Besondere Wünsche hinsichtlich der Farbe der Felle können nicht berücksichtigt werden.

Lübeck, den 5. Februar 1919.

Das Landesve

Umsatzsteuer.

Steuerpflichtige, die, ohne befristet zu sein, ihre Umsatzsteuererklärung oder eine Mitteilung, daß Entgelte in steuerpflichtiger Höhe nicht vorliegen, bisher nicht eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, eine Erklärung oder Mitteilung innerhalb einer Woche beim Umsatzsteueramt in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, abzugeben.

Nach § 35 des Umsatzsteuergesetzes kann der Steuerpflichtige, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, mit einer Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. belegt werden.

(8858

Das Umsatzsteueramt.

Bekanntmachung
betreffend
Erhöhung der wöchentlichen Fleischmenge.

Auf Grund der Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 24. Januar wird die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren die wöchentlich auf die Fleischkarte entnommen werden darf mit Wirkung vom 3. Februar 1919 ab bis auf weiteres auf 300 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen, für erwachsene Personen, für Kinder unter 6 Jahren auf die Hälfte festgesetzt. An Stelle von je 30 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen können 24 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, oder 60 Gramm Wildbret, Fleischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven einschl. des Dosengewichts entnommen werden. In den Gemeinden, in denen bisher die wöchentliche Fleischmenge auf 100 Gramm für erwachsene Personen und 50 Gramm für Kinder unter 6 Jahren festgesetzt war, wird sie auf 200 Gramm für erwachsene Personen und 100 Gramm für Kinder unter 6 Jahren erhöht.

Lübeck, den 5. Februar 1919. (886

Das Landesversorgungsamt.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer
für das Jahr 1918/19

ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die **Stadt** sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahlstelle nicht zur Folge. (88

Lübeck, den 31. Januar 1919.

Die Steuerbehörde.

Landesvorstand.

Eutin, den 4. Februar 1919.

Der Landesvorstand fordert diejenigen Einwohner, die Ferkel wünschen, auf, sich bei Herrn **W. Strahlendorf** in Eutin bis zum 14. d. Mts. schriftlich zu melden.

8855) **Mahlstedt.**